:antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 8.2.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Stimmen zum Verbot:

„Die NPD ist eindeutig und klar verfassungsfeindlich. So dass man ein neues Verfahren beginnen könnte. Mit einem Verbot erreicht man zumindest, dass nicht der Anschein der Legalität und der Verfassungsmäßigkeit weiter für Leute besteht, die dieser Partei zuströmen könnten. Deshalb plädiere ich nach wie vor dafür, wehrhafte Demokratie zu leben, was auch Verbote auszusprechen heißt."

Ehrhart Körting (SPD), Innensenator von Berlin, ND 10.1.2007

„Gewalttätige Übergriffe von Rechtsextremisten sind heute kein Einzelfall mehr. (...) Ihre Organisationen und Gruppen müssen beobachtet und verboten werden. Es bedarf einer konsequenten und nachhaltigen Durchsetzung der Organisationsverbote."

18. Ordentl. Bundeskongress des DGB, Mai 2006

„Das Verbot von Parteien, die dem Nationalsozialismus nahe stehen, darf nicht abstrakt und geschichtsvergessen diskutiert werden. Es geht um den Schutz des Grundgesetzes vor seinen Feinden und nicht umgekehrt."

Bischof Gerhard Ludwig Müller, Regensburg, zitiert nach Ludwigsburger Kreiszeitung v. 26.6.2006

aus Sondernummer *antifa* der VVN-BdA



www.arbeiterfotografie.com

NPD-Verbot jetzt!

VVN-BdA startet Unterschriften-Kampagne

Mit der Aktion „Auschwitz gedenken heißt NPD verbieten" machte die Berliner VVN-BdA am 26. Januar vor dem Reichstagsgebäude auf die Kampagne „NPD-Verbot jetzt!" aufmerksam. Die Kampagne, die am Tag zuvor mit einer Pressekonferenz in Berlin eröffnet wurde, ist bundesweit auf große Zustimmung gestoßen.

Vor Journalisten erklärte der Theresienstadt-Überlebende Ernst Grube: „Als ich als Kind einen gelben Stern tragen musste, hat niemand etwas getan und als ich ins Ghetto kam, hat niemand geholfen. Als nach dem Krieg dann alles vorbei war, hat niemand etwas gewusst. Wie weit sind wir von dieser Stimmung entfernt?"

In einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten setzen sich deshalb die VVN-BdA und 70 prominente Erstunterzeichner für ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD ein. Ihnen kommt es darauf an, die Kräfte im Land hierfür zu bündeln und eine umfangreiche Aufklärungsarbeit zu leisten.

„100.000 Unterschriften wollen wir bis zum 9. November sammeln", so der VVN-BdA-Vorsitzende Werner Pfennig. „Ein Verbot ist möglich, die Verfassungsfeindlichkeit der Partei, die in der Tradition der NSDAP steht, zur Genüge bewiesen."

Für die Kampagne wurde eine eigene Website eingerichtet:

www.npd-verbot-jetzt.de

Wir dokumentieren den Brief an die Bundestagsabgeordneten:

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages!

Wir fordern Sie auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen. Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotsgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues „Deutsches Reich" ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab.

Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges

Fortsetzung Seite 3

Stadler und die Erzkatholischen

Österreich. Nachdem die FPÖ-Spitze um Heinz-Christian Strache der parteinahen „Freiheitlichen Akademie" und deren Präsidenten Ewald Stadler den Geldhahn abgedreht hat, kündigt Stadler neue Ziele an. Er will aus der Akademie eine Institution machen, die künftig das „wertkonservative" katholische Lager repräsentieren soll. Etwa ein Viertel der derzeitigen Wählerschaft der FPÖ verortet Stadler, selbst Anhänger der Lefebvre-Organisation „Priesterbruderschaft St.Pius X.", am rechten Rand des Katholizismus. Mit einer stärkeren Hinwendung zu diesem Spektrum könne es der FPÖ gelingen, so Stadler, in das Wählerspektrum der ÖVP bzw. in das Lager der Nichtwähler einzubrechen. Der derzeitige FPÖ-Chef Strache sieht das Ansinnen Stadlers eher mit Skepsis und ließ bereits signalisieren, das er für eine strikte Trennung von Staat bzw. Partei und Kirche eintritt.

Zur Zeit ist Stadler, in der Vergangenheit auch Referent bei der papsttreuen „Pro Sancta Ecclesia. Initiative katholischer Laien und Priester", aber noch darum bemüht, die nötigen Gelder zu beschaffen. So klagt er derzeit gegen die Republik mit dem Ziel, die für das Jahr 2006 gestrichenen 1,44 Millionen Euro Fördergelder zu bekommen. *hma* ■

Urteil gegen Gleichsetzung

Nürnberg. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes Nürnberg dürfen Abtreibung und Holocaust nicht gleichgesetzt werden. Damit gab das Gericht einer Unterlassungsklage eines Arztes gegen eine „Lebensschützer"-Gruppe Recht, die diesem „Kindermord im Mutterschoß" vorgeworfen hatten. Der in einem Flugblatt der Gruppe aufgestellte Vergleich „Damals: Holocaust, heute: Babycaust" sei eine „unzulässige Gleichsetzung der Tätigkeit des Arztes mit dem nationalsozialistischen Massenmord", so das Gericht. *hma* ■

DSU wirbt um Abtrünnigen Nitzsche

Dresden. Der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, als Rechtsausleger im Dezember aus der CDU ausgetreten, wird von der DSU heftig umworben. Nitzsche war bereits Gast des Neujahrsempfangs des DSU-Kreisverbands in seiner Lausitzer Heimatregion und wird dort am 9. Februar zum Thema „Flagge zeigen für Deutschland" reden. Ein Mitarbeiter seines Berliner Büros bestätigt zwar zahlreiche „Netzwerktätigkeiten" Nitzsches, nachdem mehrere Organisationen an ihn herangetreten seien. Ein bevorstehender DSU-Beitritt wird aber dementiert. Auch gebe es keine NPD-Kontakte. In DSU-Kreisen wird dagegen argumentiert, Nitzsche könne als Einzelkämpfer nicht bestehen und müsse auch seinen gleichfalls aus der CDU ausgetretenen etwa 30 Gefolgsleuten bald eine neue politische Heimat bieten. Nitzsche selbst gehörte bis 1993 dem „Franz-Josef Strauß-Fanclub" des Ostens schon einmal an. Die zur Kleinstpartei geschrumpfte DSU mit ihren rund 1.000 Mitgliedern und 80 Kommunalmandaten in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt lebt insbesondere von Überläufern. So im November vom ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Klaus Baier. Auffällig auch die Aktivitäten des früheren Gründers des NPD-Kreisverbands Görlitz, Jürgen Krumpholz. Von den „Republikanern" in Chemnitz kam Stadtrat Martin Kohlmann. Zwischen den zersplitterten Reps in Sachsen und der DSU bestehen ohnehin enge Kontakte. DSU-Landeschef Obser wird zur Neugründung des Kreisverbandes Leipzig der Reps am 3. Februar reden. Die DSU propagierte am 3. Oktober ein „Bündnis für Sachsen" mit offenen Listen und will damit 2009 in den Landtag einziehen. Am selben Tag war sie in Leipzig auf einem deutschlandweiten Treffen von 13 Splitterparteien des nationalkonservativen Spektrums vertreten. Wortführer ist Johannes Hertrampf aus Dresden, früher Landesvize der DVU in Sachsen und dann bei der Freiheitlichen Partei Deutschlands. Der Verfassungsschutz betont laut taz vom 30.1.07, dass er weder die „Plattform Leipzig" noch die DSU beobachtet. Linke Kreise vermuten dennoch eine gesteuerte Aktion. Neben der NPD solle ein zweites bürgerlich-nationalistisches Bündnis etabliert werden, das die NPD unter die Fünfprozenthürde drückt, selbst aber diese Schwelle auch nicht überspringen kann. *kun* ■

Linkspartei will Antrag auf Abschaltung der V-Leute einbringen

Berlin. Anlässlich der am Donnerstag den 25.1. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) begonnenen Kampagne „Für das Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen" erklärt die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke:

„Ein Verbot der neonazistischen NPD und anderer rechtsextremer Organisationen ist überfällig. Ein solches Verbot würde den Neonazis ihre fremdenfeindliche und antisemitische Hetze in der Öffentlichkeit erheblich erschweren. Es würde sie von der staatlichen Finanzierung durch Wahlkampfkostenrückerstattung abschneiden und von den Möglichkeiten, über Landtagsfraktionen an Infrastruktur und Mitarbeiterstellen zu kommen. Vor allem würde ein Verbot der NPD als wichtigster Kraft im rechtsextremen Lager die demokratische Legitimation nehmen, die sie in Teilen der Bevölkerung mittlerweile genießt.

Der erste von der Bundesregierung, dem Bundesrat und der Bundestagsmehrheit angestrengte NPD-Verbotsprozess scheiterte im Jahr 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht an der Unfähigkeit und Unwilligkeit der Antragsteller, rechtzeitig die V-Leute des Verfassungsschutzes aus den Führungsgremien der NPD abzuziehen.

Nach dem Wahlerfolg der NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck ein erneutes NPD-Verbotsverfahren in die Diskussion gebracht. Auch der neue Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der Berliner Innensenator Erhard Körting, hält ein Verbot der NPD für die logische Konsequenz aus der Verfassungswidrigkeit dieser Partei. Diese von Struck und Körting angestoßene neue NPD-Verbots-Debatte erweckt allerdings den Eindruck der Unernsthaftigkeit, solange die Gründe für das Scheitern des ersten Verbotsverfahrens nicht zur Kenntnis genommen werden.

Die Fraktion DIE LINKE wird im Bundestag einen Antrag zum Abzug aller V-Leute des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern aus der NPD einbringen. Doch schon jetzt prophezeie ich, dass die Abgeordneten der Regierungskoalition nicht gewillt sind, einen solchen Antrag zu unterstützen und damit die vom Bundesverfassungsgericht formulierte Grundvoraussetzung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens zu erfüllen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus kann nicht allein durch Verbote gelöst werden. Notwendig ist eine politische Gesamtstrategie, die umfassende Aufklärung über Geschichte, Hintergründe und Ziele von Rechtsextremismus und Faschismus ebenso beinhaltet, wie eine wirkliche Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt, eine Stärkung der Rechte von Migrantinnen und Migranten und die Förderung demokratischer Jugendarbeit. Der gerade in den deindustrialisierten Gebieten der ostdeutschen Bundesländer auf fruchtbaren Boden fallenden sozialen Demagogie der Neonazis gilt es unsere Perspektive einer demokratischen sozialistischen Alternative jenseits des kapitalistisches Wolfsprinzips entgegen zu setzen.

PM Ulla Jelpke, MdB ■

Fortsetzung von Seite 1

Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen.

Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Regimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere in Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen. Bezug nehmend auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und deutsche Rechtsvorschriften heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt."

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Wir fordern Sie deshalb auf: Leiten Sie ein neues Verfahren ein!

Erstunterzeichner:

Ludwig Baumann, Wehrmachts-Deserteur; Karl-Willi Beck, 1. Bürgermeister Wunsiedel; Jürgen Becker, Kabarettist; Dr. Gerd Belkius, Musikwissenschaftler; Esther Bejarano, Auschwitz-Überlebende; Rainer Bliesener, DGB-Vorsitzender Baden-Württemberg; Artur Brauner, Filmproduzent und Unternehmer; Fritz Bringmann, Neuengamme-Überlebender; Dr. Hans Coppi, VVN-BdA; Prof. Dr. Frank Deppe, Politikwissenschaftler; Prof. Dr. Stefan Doernberg, Angehöriger Rote Armee; Hannelore Elsner, Schauspielerin; Prof. Wolfram Elsner, Wirtschaftswissenschaftler; Wolfgang Erdmann, Konzernbetriebsratsvorsitzender Jungheinrich; Prof. Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender VVN-BdA; Prof. Dr. Peter Florin, Angehöriger Rote Armee; Detlef Garbe, Direktor KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Udo Gebhardt, DGB-Vorsitzender Sachsen-Anhalt; Jupp Gerats, NS-Verfolgter; Kurt Goldstein, KZ-Überlebender; Ernst Grube, Theresienstadt-Überlebender; Prof. Dr. Sigward-Horst Günther, Mediziner; Jürgen Harrer, Verlag PapyRossa; Klaus Hartmann, Vorsitzender Deutscher Freidenkerverband; Ingrid Häußler, Oberbürgermeisterin Halle; Prof. Dr. Klaus Hübotter, Unternehmer; Initiative Laut gegen Nazis; Prof. Dr. Karl Heinz Jahnke, Historiker; Gisela Karau, Publizistin; Dietrich Kittner, Kabarettist; Stefan Körzell, DGB-Vorsitzender Hessen-Thüringen; Dietmar Koschmieder, Verlag 8. Mai, Tageszeitung junge Welt; Lore Krüger, Résistance; Dr. Gerlinde Kuppe, Ministerin Sachsen-Anhalt; Aurora Lacasa, Sängerin; Prof. Dr. Hans Lauter, KZ-Überlebender; Steffen Lemme, DGB-Vorsitzender Thüringen; Klaus Looft, Superintendent i. R.; Martin Löwenberg, KZ-Überlebender; Dr. h. c. Max Mannheimer, KZ-Überlebender; Gisela May, Schauspielerin; Prof. Dr. Moritz Mebel, Angehöriger Rote Armee; Ernst Melis, Résistance; Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten; Dr. Edgar Most, ehem. Vorstandsmitglied Deutsche Bank; Prof. Dr. Gerhard Ludwig Müller, Kath. Bischof Regensburg; Andreas Nachama, Direktor Stiftung Topographie des



Terrors; Erik Neutsch, Schriftsteller; Günter Pappenheim, Buchenwald-Überlebender; Werner Pfennig, Vorsitzender VVN-BdA; Gina Pietsch, Sängerin; Präsidium des 1. FC Nürnberg; Prof. Dr. Paul Raabe, Direktor a. D. Franckesche Stiftungen; Käthe Reichel, Schauspielerin; Romani Rose, Vorsitzender Zentralrat Deutscher Sinti und Roma; Walter Sack, NS-Verfolgter; Ingo Schlüter, stellv. Vorsitzender DGB-Bezirk Nord; Dr. Ulrich Schneider, Internationale Föderation der Widerstandskämpfer; Erasmus Schöfer, Schriftsteller; Rudenz Schramm, Steintor Varieté Halle; Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Soziologin; Gustav Adolf Schur, Sportler; Günther Schwarberg, Schriftsteller; Prof. Willi Sitte, Maler; Peter Sodann, Schauspieler; Sybille Stamm, Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg; Hans-Jürgen Steinmann, Schriftsteller; Karl Stenzel, Sachsenhausen-Überlebender; Dagmar Szabados, Bürgermeisterin Halle; Barbara Thalheim, Sängerin; Dr. Franz v. Hammerstein, Widerstand 20. Juli; Hannes Wader, Musiker; Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Historiker; Paul Wengert, Oberbürgermeister Augsburg; Frank Werneke, stellv. Vorsitzender ver.di; Karsten Wessels, Vorsitzender DGB-Region Unterelbe; Marianne Wilke, NS-Verfolgte; Stefan Wolf, Oberbürgermeister Weimar; Stefan Jerzy Zweig, Buchenwald-Überlebender

Download:
www.npd-verbot-jetzt.de/sammeln/

Pastörs lehnt ‚Schuld-Kult' ab!

Mecklenburg-Vorpommern. An der offiziellen Veranstaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum sogenannten „Auschwitz-Gedenktag" am 27. Januar 2007 hat sich die NPD-Fraktion nicht beteiligt.

Ihr Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs erklärte dazu: „Die NPD-Fraktion lehnt den einseitigen Schuld-Kult der Blockparteien kategorisch ab. Solange nicht auch in angemessener Form der deutschen Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors und der Vertreibungsopfer aus den deutschen Ost-Gebieten gedacht wird, nimmt die NPD-Fraktion an Veranstaltungen zu einseitigen Vergangenheits-Bewältigungen nicht teil."

An dem von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschlands durchgeführten Trauermarsch zum Gedenken an die Opfer des alliierten Bomben-Holocaustes in Dresden am 13. Februar wolle die Fraktion jedoch vollzählig teilnehmen, heißt es in der von Peter Marx, Fraktionsgeschäftsführer und Pressesprecher der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, unterzeichneten Presseerklärung. ■



V-Leute abschalten!

Zur Verbotskampagne traf sich auch der VVN-BdA-Landesverband NRW am 20.1. zu einer landesweiten Tagung im Düsseldorfer Gewerkschaftshaus mit antifaschistischen Aktivisten. Bekanntlich waren vor allem die V-Leute des Verfassungsschutzes NRW in der NPD die Ursache für ein Scheitern des ersten Verbotsverfahrens. An der Tagung nahmen 55 Vertreter von VVN- und anderen antifaschistischen Gruppen teil.



Kundgebung vor dem Innenministerium NRW am 26. Januar 2007. Ulli Sander in seiner Rede: „Das V-Leute-System hat nichts gegen die Nazis bewirkt, aber vieles zu ihrer Unterstützung. Denn jeder siebte NPD-Funktionär wird vom Staat bezahlt. Der vor drei Jahren angestrengte Prozess gegen die Rechtsrock-Bands Oidoxie/Weisse Wölfe scheiterte vor Eröffnung am Aussageverbot des NRW-Innenministers für einen V-Mann des NRW-Verfassungsschutzes."

Auf der Tagung wurde bekräftigt, dass in den Mittelpunkt der bis zum 9. November laufenden Kampagne auch die Forderung nach staatlichem Handeln gegen die faschistischen „freien Kameradschaften" und nach Abschaffung des V-Leute-Systems stehen muss. Die „Kameradschaften" werden derzeit wieder verstärkt von Innenministern und Medien als gleichartiges Pendant zu den linken autonomen Gruppen dargestellt; diese ungeheuerliche Gleichsetzung von Faschisten und Antifaschisten müsse entschieden zurückgewiesen werden. Die meisten der V-Leute, die für die NPD arbeiten, werden vom Land NRW bezahlt und dieses Land lehne es ab, gegen die Kameradschaften entsprechend dem Verbot von Ersatzvereinigungen für die in den 90er Jahren aufgelösten Naziorganisationen vorzugehen.

Zum 8. Mai, Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus, ist eine antifaschistische Landeskonferenz geplant, mit der eine Zwischenbilanz der Kampagne gezogen wird. *U. S., VVN-BdA NRW* ■

Kundgebung und Demo nach Brandanschlag in Sangerhausen

Sangerhausen. Am 13.1.2007 veranstaltete das örtliche Aktionsbündnis gegen Rechts eine Kundgebung zum Gedenken an den rassistischen Brandanschlag vom 6. Januar 2007 auf das Asylbewerberheim in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt). Dem Aufruf folgten ca. 70 bis 80 Sangerhäuser BürgerInnen und etwa dieselbe Zahl junger AntifaschistInnen aus Sachsen-Anhalt und dem benachbarten Thüringen. Die Kundgebung fand direkt vor der Unterkunft der AsylbewerberInnen statt und begann um 15 Uhr mit Musik und einem Redebeitrag des örtlichen Bündnisses. Es wurde nicht nur der rassistische Mordversuch verurteilt, sondern deutlich formuliert, dass auch jene, die Ausländer und Ausländerinnen kontinuierlich unter Generalverdacht stellen und rassistische Sondergesetze und Entmündigungen in Heimen durchsetzen, Mitverantwortung für die Nazianschläge tragen. Danach kamen die MigrantInnen selbst zu Wort. Sie bedankten sich für die Solidarität und gaben kurz wieder, wie sie den Anschlag erlebt hatten.Verzweifelt berichteten sie über ihren Alltag, bei dem rassistische Pöbeleien und Übergriffe an der Tagesordnung sind.

Darüber hinaus wurden die unhaltbaren Zustände in dem staatlichen Heim thematisiert. So wurde geschildert, wie bis zu vier junge Männer und Familien mit Kindern gezwungen sind, in Einraumwohnungen zu leben. Nach Beendigung der Kundgebung fanden sich ca. 50 junge AntifaschistInnen spontan zu einer Demonstration zusammen. Sie zogen lautstark durch die Innenstadt und zum Bahnhof, um auch jenseits des abgelegenen Standortes der AsylbewerberInnen auf die Situation der MigrantInnen aufmerksam zu machen. Die zunächst überraschte Polizei zeigte sich bei der Spontandemonstration durch das Zentrum weitestgehend zurückhaltend, nur zu Beginn gab es kleinere Rangeleien.

Einhellig bekundeten die DemonstrationsteilnehmerInnen: „Wir werden auch weiterhin den antifaschistischen Widerstand in der Region stärken und uns entschlossen und geschlossen allen rechtsextremen Bestrebungen entgegenstellen!“ *http://agst.antifa.net/* ■

NPD-Kundgebung für 24. Februar geplant!

Augsburg. Der letzte öffentliche Auftritt von Neonazis ist gerade erst mal einige Wochen her, schon droht am 24. Februar ein erneuter Auftritt von NPD und Freien Kameradschaften in der Augsburger Innenstadt.

Die NPD-Kader Roland Wuttke und Rico Döhler kündigten beim Naziaufmarsch am 2. Dezember großmäulig an, anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Augsburg wieder demonstrieren zu wollen. In den letzten drei Jahren traten die Faschisten anlässlich dieses Datums regelmäßig in Erscheinung. Mit Parolen wie „Alliierte Kriegsverbrechen ächten“ versuchen sie stets auf den Zug des Mythos von deutschen Opfern aufzuspringen. Besonders erfolgreich waren sie aber bisher nicht. Ihre Veranstaltungen konnten immer nur unter dem Schutz eines Großaufgebots der Polizei stattfinden. Nun wird gemeldet, dass auf der Internetseite der DVU eine Demo für den 24.2. angekündigt ist. Start soll 11.00 Uhr am Jakobertor sein. Die lokale Antifa läd deshalb zu einem Treffen zur Koordinierung von Gegenaktivitäten ein. (www.ganzebaeckerei.tk) *j.c./jol* ■

Aktionsbündnis gegen Neo-Nazimusik und rechten Lifestyle in Stuttgart gegründet

Stuttgart. Zu einem Aktionsbündnis haben sich bisher verschiedene antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen zwischen Schwäbisch Gmünd, Ludwigsburg, Stuttgart und Nürtingen zusammengetan. Ziel des Bündnisses ist es, Neonazi-Aktivitäten im Großraum Stuttgart öffentlich zu machen und zu antifaschistischen Gegenaktivitäten aufzurufen. Wesentlicher Inhalt des Bündnisses ist es, Menschen zu antifaschistischem Engagement gegen sogenannte Rechtsrock-Bands und deren Infrastruktur (Labels, Versände) zu ermuntern. Dafür steht die bundesweite Kampagne „TURN IT DOWN!“, der sich das Bündnis mit seiner Gründung anschließt.

Wie unterschiedliche Berichte, Studien und Einschätzungen zeigen, befindet sich die rechtsextreme Musikszene auch in Baden-Württemberg im Aufwind. Der Verfassungsschutz als eine von mehreren öffentlichen Quellen geht dabei von über 25 Neo-Nazi Konzerten und über 18 aktiven Bands und sogenannten Liedermachern im Jahr 2005 aus. Die Dunkelziffer dürfte dabei noch um einiges höher liegen. Die Tendenz für 2006/2007 ist steigend. Gleiches gilt für die rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten, die mit über 1.100 für Baden-Württemberg in 2005 vermerkt sind. Auch hier Tendenz steigend. Die rechte Musikszene allgemein, dient nicht nur der Verbreitung von rechtsextremem und neonazistischem Gedankengut und der Anwerbung von Jugendlichen, sondern stellt auch eine wichtige Einnahmequelle für die Neonazi-Szene und ihre Organisationen dar. Dazu „TURN IT DOWN!“ Pressesprecher Frank Seibold:

„Auch in der Region Stuttgart wird der Soundtrack zu Mord und Totschlag produziert und verbreitet: Bands proben hier, Tonträger und T-Shirts werden aus unserer Nachbarschaft verschickt, Kleidung der Marke „Thor Steinar“ im Laden um die Ecke verkauft. Während einer Aktionswoche Anfang März werden wir durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wie z.B. mit Veranstaltungen zum Thema „Rechtsrock“ und Outingaktionen die Aktivitäten der rechten Szene bekannt machen und dadurch ihren Bewegungsspielraum einengen.“

Weitere Infos unter: www.turnitdown.de
www.antifa-kehrwochen.de.am
gegen-rechte-subkultur@web.de ■

Bald Gisbert-Wille-Str in Dortmunder Nordstadt !?

Dortmund. Auf ihrer nächsten Sitzung wird die Bezirksvertretung Dortmund-Nord über die Umbenennung des unteren Endes der Burgholzstraße am Nordmarkt in Gisbert-Wille-Straße entscheiden. Damit könnte eine Forderung des Linken Bündnisses Dortmund erfüllt werden, dass seit zwei Jahren eine Umbenennung des Nordmarktes in „Opa-Wille-Platz“ fordert. Diese Forderung wurde durch mehrfache symbolische Umbenennungen mit Plastikschildern unterstrichen. So zuletzt am 15. Oktober 2006.

Besagter Gisbert Wille war Schießmeister auf der Zeche „Minister Stein“. In seiner Freizeit als Rentner saß er gerne auf den Bänken des Nordmarktes und fütterte Tauben. Als am 1. September 1934 eine SA-Formation vorbeimarschierte, unterließ er das Grüßen ihrer mitgeführten Hakenkreuzfahne. Die SA-Leute marschierten noch zweimal vorbei, ohne dass der Sozialdemokrat Gisbert Wille den rechten Arm zum sogenannten „deutschen Gruß“ erhob. Sie fragten den Rentner, weshalb er der Grußpflicht nicht nachkomme, woraufhin er entgegnet haben soll: „Putzlappen hab’ ich noch nie gegrüßt.“ Daraufhin wurde er so übel zusammengeschlagen, dass er wenige Tage darauf im Krankenhaus starb.

Der Vorname von dem für lange Zeit nur als Opa Wille bekannten Gisbert Wille konnte erst ihm letzten Jahr ermittelt werden, als sich ein Enkel beim Stadtarchiv meldete und die Geschichte bestätigte. Sie ist allerdings auch vorher schon so in der Steinwache dokumentiert gewesen. Im Oktober letzten Jahres wurde bereits über den von der Linkspartei eingebrachten Antrag zur Straßenumbenennung auf einer Sitzung der BV Nord beraten. Aktuell sprechen sich die SPD-Fraktion und ein Abgeordneter der DVU gegen die Umbenennung der Straße aus. Pikant ist die Tatsache, dass Gisbert Wille seines

Zeichens überzeugter Sozialdemokrat nun aus den eigenen Reihen verleugnet wird. Die SDAJ Dortmund fordert die Straßenumbenennung, da die Zivilcourage Gisbert Willes, die er mit seinem Leben bezahlte höchst ehrenwürdig ist.

SDAJ Dortmund
sdaj_dortmund@web.de ■

Antisemitische Internationale

Laut Berichten auf der Homepage des in Australien beheimateten „revisionistischen“ Adelaide-Institute soll als Nachfolgeprojekt der Teheraner Holocaustleugner-Konferenz eine Internationale Stiftung zur Untersuchung des ‚Holocausts‘ (International Holocaust Research Committee) gegründet werden. Ein dafür am 13. Dezember 2006 installiertes Interimskomitee setzt sich u. a. aus berüchtigten Neonazis und „Revisionisten“ wie Bernhard Schaub (Schweiz), Serge Thion (Frankreich) und Friedrich Töben (Australien) zusammen. Der Generalsekretär dieses Komitees soll der langjährige Weggefährte und nunmehrige Berater des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinejad, Dr. Mohammad Ali Ramin, sein. Ramin, seines Zeichens Vorsitzender der Organisation für die Verteidigung der Menschenrechte von Muslimen, war bereits für die Holocaustleugner-Konferenz verantwortlich. Die Stiftung soll folgende Aufgaben übernehmen:

– „Gründung des internationalen Wahrheitsfindungskomitees in Bezug auf den ‚Holocaust‘.“

– „Gründung der internationalen Rechtskommission zur Festsetzung von Strafmaßnahmen für die eventuellen Schuldigen des ‚Holocausts‘; für den Fall, dass sich der ‚Holocaust‘ als Lüge erweist, Bestrafung der Falschbehaupter und Festlegung der Reparationen für die bisher zu Unrecht Verurteilten.“

– „Vorbereitung der nächsten ‚Holocaust‘-Konferenz“.

Mit der Holocaustleugner-Konferenz und nun mit der Gründung dieser Stiftung fand der in den 1980er Jahren eingeleitete Prozess der Annäherung zwischen Neonazis und Islamisten einen weiteren Höhepunkt. Zur schon länger vermuteten finanziellen Unterstützung der internationalen Neonazi-Szene kommt nun die offene Zusammenarbeit. *www.doew.at* ■

Illustre Gäste in Köln

Köln. Etwa 200 Gäste, so die Veranstalter, haben am 21. Januar am Neujahrsempfang der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ teilgenommen. Als Festredner war der ehemalige KSK-Kommandeur und Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel geladen, der nach seiner Solidarisierung mit dem damaligen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann im Jahre 2003 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden war. Begrüßt wurde im Kölner Rathaus auch eine vierköpfige Delegation der Antwerpener Stadtratsfraktion des rassistischen „Vlaams Belang“.

Unter den Gästen befanden sich neben dem Dortmunder Rechtsanwalt Andre Picker, der als Verteidiger zahlreicher Neonazis bekannt ist, auch mehrere Rats- und Bezirksvertreter, die zuletzt noch den sogenannten „Republikanern“ angehörten. Wie z.B. die Mainzer Stadträtin Gabriele Bannier, der Bottroper Bezirksvertreter Josef Scholand und der Gelsenkirchener Stadtrat Kevin Gareth Hauer. Letzterer hatte schon 2005 in einer „Dortmunder Erklärung“ die von „Republikaner“-Chef Schlierer unterstützte NRW-Landesvorsitzende Uschi Winkelsett kritisiert und zum Rücktritt aufgefordert. Der mittlerweile parteilose Gareth wurde Ende Januar zum Vorsitzenden der neu gegründeten „Bürgerbewegung pro Gelsenkirchen“ gewählt.

Mit dem Rechtsanwalt Dr. Björn Clemens war einer der bekanntesten Schlierer-Kritiker in Köln aufgetaucht. Clemens hatte im Dezember auf dem Bundesparteitag der „Republikaner“ gegen Schlierer für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidiert. Doch dem Ansinnen Clemens, einen „Burgfrieden“ mit der NPD anzustreben, erteilten die Delegierten eine Abfuhr. Clemens kandidierte daraufhin auch nicht mehr für einen Posten als stellvertretender Bundesvorsitzender.

Dafür stand der Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Düsseldorf Ende Januar der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chef Frey als Interviewpartner zur Verfügung. Die Tatsache, dass in einzelnen Bundesländern das öffentliche Zeigen der kaiserlichen Reichskriegsflagge als Verstoß gegen die öffentliche Ordnung gewertet wird, bezeichnete er darin u.a. als „Gesinnungsjustiz“.

Zum „krönenden Abschluß“ des Neujahrsempfangs wurde dem Jurastudenten Thomas Bendt (22) der Mitgliedsausweis überreicht. Das Neumitglied, das sich künftig auch im „Arbeitskreis Jugend“ der selbsternannten „Bürgerbewegung“ einbringen will, hatte in der Vergangenheit in Tönisvorst (Kreis Viersen) für die sog. „Republikaner“ zu Wahlen kandidiert.

Während sich „Pro Köln“ nach eigenen Angaben einer Mitgliedszahl von 200 annähert, leiden andere Spektren der extremen Rechten in Köln derzeit eher an Mitgliederschwund. So musste der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) unlängst den Tod seines langjährigen Kassenwartes Wilhelm (Willi) Kuhl aus Köln vermelden. Der ehemalige Angehörige der Waffen-SS und damalige Kühnen-Vertraute war auch schon Bundeskassenwart der 1992 verbotenen „Deutschen Alternative“ gewesen. Ebenfalls verstorben ist Gerrit Ullrich aus Kerpen-Horrem. Der ehemalige Manager hatte die „Deutschen Idealisten“ und den „Wilhelm-Kammeier-Verein“ mit Postfach in Köln mitgegründet. Der Verein hatte 2004 die Herausgabe der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift „Deutschland“ übernommen, vormals eine Schrift der „Vereinigung Gesamtdeutsche Politik“ (VGP) um den derzeit im Gefängnis sitzenden Ernst Günter Kögel aus Remscheid.

peb ■

NPD-Überläufer: Kein Glück mit neuen Parteien

Dresden. Vor mehr als einem Jahr kehrten drei NPD-Abgeordnete des Sächsischen Landtages ihrer Partei und Fraktion den Rücken. Doch mit ihren neuen Porojekten haben sie kein Glück. Mit der „Sächsischen Volkspartei“ (SVP) wollte Ex-NPD-Mann Mirko Schmidt (40, Meißen) den Neuanfang wagen. Doch mehr als 50 Mitglieder konnte die Partei bisher nicht gewinnen. Zwar stellt sie im Meißner Kreistag und Stadtrat einen eigene Fraktion, ist darüber hinaus jedoch bedeutungslos. Die Regionalgruppierung würde gerne mit der DSU ein „Bündnis für Sachsen“ eingehen, um gemeinsam bei Kreis- und Landtagswahlen anzutreten. Doch in der DSU regt sich Widerstand gegen die Aufnahme der einstigen NPD-Abgeordneten. Das bekommen derzeit auch Klaus Baier (46, Annaberg) und sein Mitarbeiter Jürgen Krumpholz zu spüren, die nach Umwegen über den FPÖ-Ableger FPD der DSU beitraten. Während ein Teil der DSUler Baier eine angebliche Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz nach dem Austritt ankreidet, sehen andere die Partei dem unangenehmen Vorwurf ausgesetzt, gezielt am rechtsextremen Rand zu fischen.

Ex-NPD-Mann Jürgen Schön (58, Leipzig) hat deshalb gleich ganz aufgegeben. „Von Parteien habe ich die Nase voll“, sagt der langjährige NPD-Schatzmeister. Zuvor gab Schön ein Gastspiel bei der Freiheitlichen Partei Deutschlands (FPD) und landete umgehend auf dem Posten des Bundesschatzmeisters. In der Liste der aktuellen Bundesvorstandsmitglieder wird er allerdings bereits nicht mehr geführt. Kurz zuvor noch war er auf der Homepage der FPD in höchsten Tönen gelobt worden, weil er angeblich den Mitgliederbestand der Kleinpartei in kurzer Zeit auf ca. 40 im Raum Leipzig gesteigert habe.

Alle drei wollen Ihr Mandat im Landtag jedoch behalten – auch wenn sie politisch völlig isoliert sind. *kun, nach antifa-info der sächsischen Linkspartei* ■

Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret: Bündnis mit begrenzter Tragweite

Dass es keine politische Liebesheirat war, sondern nur allenfalls eine Vernunftehe, war ohnehin von vornherein klar gewesen. Aber nun kriselt es auch in dieser Union nach kurzer Zeit schon wieder. Ursächlich dafür sind nicht unbedingt die beiden Bräutigame, die sich ohnehin von Anfang an nur misstrauisch umschlichen haben, sondern die Halbstarken in der Familie. Diese schlagen nun Radau: Der kleinwüchsige Bruno soll nicht mit am Familientisch Platz nehmen dürfen! Wo kämen wir denn da hin, wenn der perfide Verräter die Füße jetzt wieder unter dem heimischen Sofa ausstrecken darf. Kurz: Der Empfang für Bruno Mégret in seiner politischen Herkunftsfamilie, also beim Front National (FN), den er Anfang 1999 mit einer Mehrheit der damaligen Parteiintellektuellen und Kader verlassen hatte, fällt eher kühl aus. Vor allem aufgrund der ständigen Vorwürfe, denen er aus der Umgebung der FN-Vizepräsidentin Marine Le Pen ausgesetzt wird. Aber der Reihe nach...

Le Pen ruft zur Union, der kleine Mégret kommt angelaufen

Seit April 2006 hatte Jean-Marie Le Pen für eine „Union patriotique" geworben. Und damit versucht, seine beiden Konkurrenten um die Rechtsaußen-Wählerschaft – Bruno Mégret und Philippe de Villiers – dazu zu bringen, sich hinter seiner eigenen Präsidentschaftskandidatur zu sammeln. Den Rechtskatholiken und nationalkonservativen Grafen Philippe de Villiers hat Le Pen damit bisher nicht aus dem Rennen werfen können: De Villiers möchte von einem Bündnis nichts wissen. Allerdings liegen die Wahlabsichten zu seinen Gunsten im Moment in den Vorwahl-Umfragen auch nur zwischen 2 und 4 Prozent, jüngst stürzte er bei einer weiteren Befragung sogar auf nur 1 Prozent ab. Damit dürfte dieser Rivale, vorläufig jedenfalls, kaum noch Schaden anrichten können.

Dagegen hat Bruno Mégret sich inzwischen quasi platt vor Jean-Marie Le Pen auf den Bauch gelegt. Am Mittwoch, den 20. Dezember 2006 trafen sich die beiden Männer zusammen mit ihren Ehefrauen, Jany Le Pen und Catherine Mégret, am privaten Wohnsitz von Jean-Marie Le Pen: dem Schloss Montretout auf den Anhöhen des Pariser Vororts Saint-Cloud. Durch die Anwesenheit der Gattinnen und den Ort der Begegnung wurde der Zusammenkunft ein halb privater Charakter gegeben. Einer der Gründe dafür ist, dass ein Parteiflügel innerhalb des FN, jener der „Modernisierer" um die Cheftochter Marine Le Pen (38) und den 36-jährigen Generalsekretär Louis Aliot (einer ihrer Vertrauten), gegen eine Wieder-Annäherung an Mégret opponiert hat. Die Juristin Marine Le Pen hatte 1998 anlässlich der Spaltung der Partei in Le Pen- und Mégret-Anhänger eine wichtige Rolle dabei gespielt, die „Säuberung" der Partei von den Mégrétisten rechtlich vorzubereiten. Zudem stör(t)en Marine Le Pen und ihre Umgebung sich an den neuheidnischen und rassebiologischen Ideologen, die früher das nähere Umfeld von Bruno Mégret prägten, auch wenn dieser und der MNR sich seit circa 2001 „(national)konservativ geläutert" verstanden wissen möchten.

Wahlbündnis – oder Kapitulation vor dem zornigen Chef Le Pen?

Mégret rief am Ende des Zusammentreffens, das vor zahlreichen Kameras und Mikrophonen anfing, zur Wahl von Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl im April 2007 auf. Dies tat er ohne Gegenleistung: Zwar erklärt Mégret, ein Wahlbündnis für die nachfolgenden Parlamentswahlen (am 10. und 17. Juni dieses Jahres) zu wünschen. Aber es sei „keine Vorbedingung" für den einseitigen Wahlaufruf zugunsten Le Pens gewesen, und bislang gebe es noch keine derartige Vereinbarung. FN und MNR hätten jeweils, so Mégret, bereits Kandidaten für alle Wahlkreise aufgestellt. Dies erklärt er in einem Interview mit der rechtextremen Wochenzeitung „Minute" (Nummer vom 28. Dezember 2006), die beide Parteichefs interviewt und zudem ihre Titelseite mit dem Foto von Le Pen und Mégret aufmacht unter der Schlagzeile: „Ein Erdrutsch bei der Präsidentschaftswahl 2007! Union patriotique – Unsere Wünsche für den Erfolg!" In derselben Nummer erklärt Le Pen, es sei eventuell an ein Abkommen (zwischen FN und MNR) zum Rückzug zugunsten des jeweils best platzierten Kandidaten in der Stichwahl zu denken. Allerdings dürfte der FN nur geringe, und der MNR wohl nullkommanull Chancen haben, eigene Kandidaten in den zweiten Wahlgang zu bringen, sofern beide Parteien antreten. Dafür ist die Unterstützung von 12,5 Prozent der Wahlberechtigten im Wahlkreis, also in der Regel über 15 % bis zu 18 % der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ansonsten spricht Mégret von einer „politischen und auch persönlichen Versöhnung", die ihn befriedige ; Le Pen hingegen von der „Milde des Augustus", mit der er seine eigene Haltung vergleicht. Mit den römischen Kaisern hat er's irgendwie: Bei der Spaltung 1998/99, als er Mégret hinaus warf, hatte Le Pen dazu erklärt: „Cäsar (er selbst) zieht sein Schwert und tötet Brutus – bevor Brutus mich tötet!"

Unterschriftenpaket oder Mogelpackung?

Bruno Mégret übergab Jean-Marie Le Pen die Unterschriften von Mandatsträgern der Republik – überwiegend Bürgermeister –, die seine Parteigänger für seine Präsidentschaftskandidatur gesammelt hatten. 500 solcher Unterschriften („Patenschaften") sind erforderlich, um zur Präsidentschaftswahl antreten zu können. Le Pen hat bisher noch nicht genug, und bis zum März bleibt ihm noch Zeit. Bruno Mégret hatte laut „Minute" circa 120, anderen Quellen zufolge angeblich rund 140 Unterstützungsunterschriften von Mandatsträgern gesammelt. Überprüfen lässt sich das für Außenstehende nicht. Allerdings müssen diese Mandatsträger ihre Unterschrift erst noch im März 2007 gegenüber dem Verfassungsgericht bestätigen, ansonsten sind sie ohne Wert.

FN-Generalsekretr Louis Aliot moserte noch Ende Dezember 2006 gegenüber der Presse herum, Mégret habe „nichts anzubieten, er bringt keine Unterstützungsunterschriften mit". Die Cheftochter Marine Le Pen hat im Januar 2007 ihrerseits öffentlich hinausposaunt, Mégret habe „nur sieben Unterschriften" in seinem Gepäck mitgebracht. Ob das nun stimmt oder blanker Rufmord ist, lässt sich von außen her nur schwer beurteilen.

Bilanz eines politischen Schiffbruchs

Der Chef des MNR (Mouvement national-républicain, National-republikanische Bewegung) repräsentiert heute politisch so gut wie nichts mehr. Der MNR ist spätestens seit 2002 ein gescheitertes Projekt. Angesichts von über 4 Millionen Euro Schulden hätte Bruno Mégret auch kaum zur Präsidentschaftswahl im April 2007 antreten können. 2002 erhielt er im ersten Durchgang 2,3 Prozent der Stimmen.

Hinzu kommt, dass Bruno Mégret und seine Ehefrau Catherine Mégret, die ehemalige Bürgermeisterin im südfranzösischen Vitrolles von Februar 1997 bis Oktober 2002, am 18. Oktober 2006 von einem Gericht in Marseille (wegen Zweckentfremdung von 75.000 Euro aus der Kommunalkasse zur Finanzierung von Wahlkampfmaterial des MNR) verurteilt worden sind. Zur Strafe gehören je acht Monate Haft auf Bewährung, 8.000 Euro Geldstrafe und ein Jahr Entzug des passiven Wahlrechts für beide Angeklagten. Damit drohte Mégret, nicht wählbar zu sein. Zwar hat er Berufung gegen das Urteil eingelegt, weshalb die Strafe aktuell nicht rechtskräftig ist. Aber das Damoklesschwert blieb über ihm hängen.

Zoff innerhalb des Front National

Doch die hauptsächliche Konfliktlinie scheint innerhalb des FN zu verlaufen. Dort stehen sich einerseits die langjähri-

gen Altkader (Carl Lang, Generalsekretär der Partei von 1996 bis Oktober 2006, Bruno Gollnisch als aktueller „Generalbeauftragter für Strategie und Programm“ oder das Politbüro-Mitglied Jean-François Touzé) und andererseits die jüngeren „Modernisierer“ um Marine Le Pen und Louis Aliot gegenüber.

Einen der Streitpunkte bildet die Frage einer Teilnahme Bruno Mégrets (und seiner engsten Umgebung) an der großen „Präsidentschaftskonvention“ des FN, die am 24./25. Februar 2007 im nordfranzösischen Lille geplant ist. Die Erstgenannten sind dafür, die Letzteren sind strikt dagegen. In ihrer Ausgabe vom 16. Januar 07, wo sie über diese Dissonanzen beim FN berichtet, schreibt die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘, Jean-Marie Le Pen neige eher der ersteren Position zu, da er sich nicht vorstellen könne, die neuen(-alten) Bündnispartner nicht zu gemeinsamen Veranstaltungen einzuladen. (Allerdings scheint die Position des FN-Chefs in dieser Frage zu schwanken.) Derselben Quelle zufolge sprächen sich Carl Lang, Gollnisch und Touzé darüber hinaus auch dafür aus, dass Mégret oder andere MNR-Spitzenkader bei gemeinsamen Großveranstaltungen im Wahlkampf das Wort ergreifen und eigene Redebeiträge halten. Dies ist aber bisher offiziell nicht vorgesehen, sondern die innerparteiliche Kompromisslinie lautet bis jetzt, dass es zwar ein Bündnis mit Mégret-Anhängern und anderen Kräften geben soll – aber „jede beteiligte Kraft in ihrer eigenen Sphäre die Unterstützung für die Kandidatur Jean-Marie Le Pens organisiert“. Das bedeutet nichts anderes, als dass jede beteiligte Partei mit ihren Anhängern unter sich bleiben soll.

Anlässlich der Präsentation der Neujahrswünsche Jean-Marie Le Pens (eine Zeremonie, die alle französischen Politiker von Gewicht durchführen) am 8. Januar 2007 fiel auf, dass weder Bruno Mégret noch andere rechtsextreme Bündnispartner eingeladen waren. Dabei könnte es sich um MNR-Leute oder um Angehörige des kleinen Parti populiste, der sich seinerseits vom MNR abgespalten hat, handeln. Niemand von ihnen war zur Teilnahme aufgefordert worden.

Aber am 11. Januar 2007 nahm der langjährige FN-Kader Carl Lang dann an der Neujahrswunsch-Zeremonie von Bruno Mégret teil. Dabei behauptete er, von Jean-Marie Le Pen ein Mandat dafür erhalten zu haben. Und er kündigte auch eine gemeinsame Pressekonferenz mit Mégret in seiner eigenen (Carl Langs) Hochburg, der Region Nord-Pas de Calais, für Anfang Februar an. Doch diese wurde zunächst vom Chef Jean-Marie Le Pen verurteilt... bevor dieser dann am letzten Montag (29. Januar) doch noch telefonisch grünes Licht für die Initiative erteilte. Am vergangenen Freitag, den 2. Februar 07 hat diese gemeinsame Pressekonferenz von Carl Lang und Bruno Mégret nun also stattgefunden, in Hem, einem Vorort der (proletarischen) nordfranzösischen Vorstadt Roubaix.

Und wieder kam öffentlich geäußerte Kritik von den „Modernisierern“ innerhalb der Partei. FN-Generalsekretär Louis Aliot wurde in der Wochend-Ausgabe von ‚Libération‘ (3./4. Februar) mit den Worten zitiert, dies säe „Zweifel und Konfusion im Geiste unserer Parteigänger. Die Union patriotique muss ein Nebeneinander von Kräften sein, die Jean-Marie Le Pen unterstützen, und nicht umgekehrt“. Louis Aliot beschuldigte Mégret, sich „der Union patriotique für eigennützige Ziele zu bedienen“, also um sich darüber am eigenen Schopf aus dem Sumpf des politischen Misserfolgs zu ziehen.

Neuer Streit entbrannte über die Kandidatur einer Liste, die am 11. Februar für freigewordene Sitze im Rathaus der Pariser Vorstadt Romainville (am östlichen Stadtrand der Hauptstadt) stattfinden wird. Der MNR hatte einseitig die Aufstellung einer „gemeinsamen Liste“ von Le Pen- und Mégret-Anhängern zu dieser Rathauswahl bekannt gegeben. Louis Aliot hat aber dementiert, dass überhaupt FN-Mitglieder auf der Liste stünden („kein einziges“). Und er forderte Mégret in einem per Einschreiben abgeschickten Brief dazu auf, künftig darauf zu verzichten, den Namen „Union patriotique“ ohne vorherige Absprache mit dem FN zu verwenden. Bruno Mégret giftete zurück, seine (Kleinst-) Partei sei „eine unabhängige Bewegung, die keine Befehle/Anweisungen von Louis Aliot zu empfangen hat, der immer gegen alles auftritt“.

Fazit

Noch haben sich die rechtsextremen Kräfte also einander nicht so weit angenähert, dass ein Wiederaufbau der Kaderstruktur absehbar wäre, die bei der Spaltung 1998/99 zum Gutteil in Stücke flog. Unmittelbar vor der Parteispaltung hatte der „vereinigte“ FN noch 42.000 Beitrag zahlende Mitglieder, wie eine Auswertung seiner Mitgliedskarteien durch die Justiz – die mit den Konsequenzen der Spaltung befasst worden war – ergab. Heute soll, manchen Beobachtern zufolge, diese Zahl für die Rumpfpartei des FN unter Jean-Marie Le Pen (der vor allem keine Kader neben sich dulden möchte, die seiner Macht gefährlich werden könnten) nicht 10.000 übersteigen. Im Augenblick bleibt der „historische“ FN weitgehend eine Wahlpartei, ohne straffe Kader- und Aktivistenstruktur, die es in den neunziger Jahren einmal in Ansätzen gegeben hat. Ein Überwindung dieser Situation scheint, trotz Wieder-Annäherung an Mégret, nicht unmittelbar auf der Tagesordnung zu stehen.

Bernhard Schmid, Paris, ■

NPD-Parteitag in Oberschöneweide

Berlin. Am 3.2. fand im Köpenicker Ortsteil Oberschöneweide der Landesparteitag der NPD statt. Etwa 100 Delegierte und einige Gäste trafen sich am Nachmittag in der Lokalität „ Grüne Aue - Michas Bikertreff“. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den NPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs.

Nachdem gegen 11 Uhr auf dem Mandrellaplatz eine Veranstaltung des Berliner Abgeordnetenhauses stattfand, begann um 12 Uhr eine von Antifagruppen und mit Unterstützung der Linkspartei. PDS und ver.di organisierte Kundgebung mit mehreren hundert TeilnehmerInnen. Die NPD hatte aus Angst vor antifaschistischen Protesten, den genauen Ort des Parteitages bis zuletzt geheim gehalten.

Bereits in den frühen Morgenstunden, waren schon vereinzelt bekannte, gewalttätige Nazis um den S-Bhf. Köpenick unterwegs. Um 16 Uhr wurde dann bekannt, dass der Parteitag in der Mentelinstraße, im selben Bezirk, stattfinden wird. Gegen 18.30 Uhr wurden ca. 50 GegendemonstrantInnen in der Nähe eingekesselt. Die Gegend war, wie auch schon im Zentrum Köpenicks, mit hunderten Polizisten besetzt.

Nachdem die NPD-Chefs von Bundes- und Landesverband, Udo Voigt und Eckart Bräuniger, die gleichzeitig auch in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick sitzen, bei der BVV-Sitzung am 25. .Januar zugegeben hatten, dass sie die Demonstration freier Kameradschaften am 9. Dezember 2006 von Johannisthal nach Rudow organisiert hatten, drohen sie für den Dezember 2007 mit einem bundesweiten Nazi-Aufmarsch. Des Weiteren wollen sie am 1. Mai erneut durch Treptow-Köpenick marschieren.

Dem Treiben der NPD wird jedoch nicht tatenlos zugesehen werden.

PM des Antifaschistischen Bündnisses Südost - Berlin, abso@no-log.org ■

Korrektur:
In der letzten Ausgabe der AN hatten wir berichtet, dass die nationalistisch-antisemitische „Liga der polnischen Familien“ (die zur Zeit an der Regierungskoalition in Warschau teilnimmt) 6 Sitze im Europäischen Parlament in Strasbourg habe. In Wirklichkeit hat die von Roman Giertych angeführte Partei dort aber, seit den Europaparlamentswahlen von Juni 2004, sogar 10 Sitze inne. Wir bitten diese falsche Zahlenangabe zu entschuldigen. Richtig bleibt der politische Hinweis darauf, dass die „Liga“ im EP bisher nicht in der rechtsextremen Fraktion sitzt, sondern in der national-konservativen Fraktion der „Souveränisten“ (zusammen u.a. mit dem französischen Rechtskatholiken Philippe de Villiers) – aber einen Übertritt zu der gemeinsamen Fraktion der Rechtsextremen überlegt. *BhS* ■

11.000 mit der Reichsbahn deportierte Kinder:

DB reagiert empfindlich auf Aktionen

FRANKFURT. Zum diesjährigen Gedenktag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz hatte die Anti-Nazi-Koordination Frankfurt dazu aufgerufen, im Rahmen der bundesweiten Aktion „11.000 Kinder“ auch in Frankfurt erneut für die Durchsetzung eines würdigen und angemessenen Gedenkens für die während des Holocaust europaweit 3 Millionen mit der Reichsbahn in die Vernichtungslager Deportierten zu demonstrieren.

So fand am Vorabend des Gedenktages eine erfolgreiche Aktion an der Börse statt. Diese war als Ort einer Demonstration ausgewählt worden, nachdem die FAZ am 2.12. die gemeinsame Erklärung von Verkehrsminister Tiefensee und Bahnchef Mehdorn kommentiert hatte: „Er [Mehdorn] gestand – gewiss auch mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des geplanten Börsengangs seines Unternehmens – zu, die umstrittene Ausstellung auch auf Bahnhöfen zu zeigen ....“.

Zeigte dieses Zurückweichen von Tiefensee / Mehdorn zwar, dass die beiden vom bundesweiten und internationalen Druck auf ihre bisherige Verweigerungsstrategie ein wenig beeindruckt waren, so waren sie zugleich doch von einer vorbehaltlosen Kooperation mit dem französischen Opferverband „Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ weit entfernt. Ihre Erklärung erwies sich als ein weiteres Vermeidungsmanöver.

Es ist möglicherweise auch der völlig zutreffenden und prominenten Darstellung dieses Standes der Dinge am 27. Januar auf der ersten Seite der bundesweiten Ausgabe der Frankfurter Rundschau zu verdanken, dass die Führung der Deutsche Bahn AG auf die Veranstaltungen bundesweit in einer qualitativ völlig neuen Form reagiert hat. Man kann sie nur als Ausdruck von Panik verstehen:

Androhung eines Polizeieinsatzes gegen Beate Klarsfeld, Lea Rosh und den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe, Sprechverbote in Halle und Würzburg (auch hier traf dieses Verbot den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde sowie den katholischen und den evangelischen Dekan der Stadt), Angriff auf eine improvisierte Ausstellung in Göttingen sowie der (fehlgeschlagene) Versuch, eine Demonstration auf dem Frankfurter Hauptbahnhof und eineAktion im Intercity Frankfurt – Mannheim zu verhindern.

Auffälligerweise kam es auf verschiedenen Bahnhöfen zu ähnlich lautenden Desinformationsversuchen der Hauptbahnhofsmanager gegenüber AktivistInnen von „11.000 Kinder“. So behauptete Herr Harry von der Heyde, Bahnhofsmanager am Frankfurter Bahnhof, gegen 14.00 Uhr mehrfach, die von den DemonstrantInnen geforderte Ausstellung werde ja bereits zur Stunde in Berlin eröffnet. Nachdem dies sofort als völlig falsch zurückgewiesen worden war, wiederholte der Bahnbedienstete seine Be- →

Gedenkveranstaltung 27. Januar 2007 in Köln:

Gegen die Ausgrenzung und Verfolgung von „Asozialen“

KÖLN. Alle Sitzplätze besetzt und viele Menschen, die in den Gängen und an den Wänden standen: so gut gefüllt, ja überfüllt, wie am frühen Abend des 27. Januar war die evangelische Antoniterkirche an der Schildergasse vermutlich seit langem nicht mehr gewesen. Hunderte junge und alte Kölner(innen) hatten sich auf Einladung eines breiten Bündnisses am 63. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee versammelt, um der Opfer des Naziterrors zu gedenken.



Im Mittelpunkt der traditionellen Veranstaltung standen in diesem Jahr Menschen, die wegen ihres unangepassten Verhaltens als „Asoziale“ verfolgt und in vielen Fällen ermordet wurden.

In einer beeindruckenden und betroffen machenden Textcollage, die eine Arbeitsgruppe in Vorbereitung der Gedenkstunde erstellt hatte, stellten Schauspieler(innen) die Schicksale dreier Menschen aus Köln, von denen zwei die Nazidiktatur nicht überlebten, dar: Kleine Diebstähle oder selbst die Geburt eines nicht ehelichen Kindes, verbunden vielleicht mit einem „liederlichen Lebenswandel“ konnten ausreichen, um verhaftet, zwangsweise sterilisiert (wegen „anlagebedingter und daher nicht besserungsfähiger Geisteshaltung“) und in einem Konzentrationslager ums Leben gebracht zu werden. Und selbst nach der Befreiung vom Faschismus konnte es überlebenden Betroffenen geschehen, dass sie für das erlittene Unrecht nicht nur keine Entschädigung erhielten, sondern weiterhin diskriminiert wurden.

Paul Brune, von den Nazis verfolgter und nach 1945 weiterhin zwangspsychiatrisierter Zeitzeuge machte in einem überaus emotionalen Beitrag auch auf das mörderische Schicksal der sogenannten „Rheinlandbastarde“ aufmerksam: Diese Kinder farbiger französischer Soldaten und deutscher Mütter wurden verfolgt und häufig ermordet. Ihr Martyrium ist bis heute weitgehend unbekannt. Die musikalische Begleitung der Feierstunde hatte dankenswerter- und zum Thema passenderweise das „Menschen Symphonieorchester“, eine Gruppe von wohnungslosen Musiker(innen) übernommen.

Nach einer guten Stunde endete die Veranstaltung mit einer Demonstration zum Bahnhofsvorplatz. Dieser Platz hatte als Ort der Abschlusskundgebung mehr als nur symbolische Bedeutung: Zum einen fanden dort in der Zeit des Faschismus häufig Razzien statt, zum anderen hatte die Initiative „Bahn erinnern“ unter großem persönlichen Einsatz einen alten Güterwagen, vom Typ der Wagen, die auch zur Deportation von Menschen eingesetzt wurden, für eine Woche vor dem Hauptbahnhof aufstellen können. Auf den Stufen dieses Waggons berichtete die Zeitzeugin Tamar Dreifuss von ihrem Leidensweg und die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes appellierte an die Teilnehmer(innen) der Kundgebung, nie mehr die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen zuzulassen. Auch für diese Mahnung war der Platz im Schatten des Doms mehr als angemessen: Vor gar nicht langer Zeit hatte der prominente Kölner CDU-Politiker Lemper von den dort lagernden Punks als „Pack“ gesprochen, die es zu vertreiben gelte. Und im Bahnhof, der nach dem Willen der Bahn AG in erster Linie dem Konsum dienen soll, werden schon lange keine Obdachlosen mehr geduldet. Wie hatte ein von Wohnungslosigkeit offenbar selbst betroffener Demonstrant sehr passend auf seinem Umhängeschild formuliert: „Die schlimmsten Asozialen sind die Saubermänner“. *tri* ■

hauptung etwa 15 Minuten später erneut. Zu ähnlich klingenden Aussagen kam es auch an anderen Orten. Gab es etwa eine aus Berlin angewiesene Kampagne, mit solchen „Informationen“ zu verwirren – oder waren die Bahnangestellten selber verwirrt?

Diffus und widersprüchlich auch das Verhalten der ZugbegleiterInnen während den öffentlich angekündigten aber ungenehmigten Aktionen in den Intercity-Zügen zwischen Karlsruhe, Mannheim und Frankfurt: während auf der Strecke Frankfurt-Mannheim mehrfach lautstark versucht wurde, unsere Aktion zu behindern, bemühten sich die KollegInnen im Intercity Karlsruhe-Mannheim um einen freundlichen Ton.

Insgesamt: unsere Arbeit hat sich gelohnt. Wir werden sie solange weiterführen, bis wir ein würdiges Gedenken für die Opfer der Holocaust-Logistik der Reichbahn durchgesetzt haben – gerade auch auf den Bahnhöfen der DB AG.

Anti-Nazi-Koordination Frankfurt, 29.1.07 ■



Theateraktion in Halle

Hallenser Bahnchef verlangte „gewaltsame Räumung“

HALLE. Die Initiative 11000 Kinder Halle berichtet: „Wir haben am 27.01.07 ab 14 Uhr eine Theateraktion in Gedenken an 11.000 Kinder, die von Paris nach Auschwitz deportiert wurden, durchgeführt. Die Theateraktion zeigte die Stationen der Deportationszüge quer durch Deutschland von Saarbrücken über Frankfurt/Main, Weimar, Weißenfels, Leipzig und Dresden nach Auschwitz an Hand von Stationen auf. Die TheateraktivistInnen hatten weiß geschminkte Gesichter und stellten Geister der deportierten und ermordeten Kinder dar, während sie sich in der Figur des „unsichtbaren Trainers“* bewegten. Die DarstellerInnen riefen z.B.: „Wenn ihr an die Börse wollt, müsst ihr uns mitnehmen“, „Wir waren 500 Kinder in einem Viehwaggon“ oder „Es war so kalt“.

Da wir die Sprachlosigkeit der Deutschen Bahn AG und ihre rüde geschichtsblinde Ablehnung der Ausstellung „11.000 Kinder – Auf dem Schienennetz der Deutschen Reichsbahn in den Tod“ kannten, stellten zwei DarstellerInnen Sprecher der Deutschen Bahn dar. Sie informierten die Passanten darüber, „dass sie weitergehen sollen und die Theateraktion nicht beachten sollen, da es ja um eine Ausstellung geht, die es schon längst in Nürnberg gibt, dort kostet der Eintritt auch nur 8 Euro und die Fahrt nach Nürnberg gibt es für nur 100 Euro und sowieso ist die Ausstellung ab nächstem Jahr auf 18 Quadratmetern zu sehen.“

Auf dem Bahnhofsvorplatz konnten wir ungestört unsere Gedenkaktion durchführen. Als wir in den Bahnhof gingen, um unseren Protest für die Ausstellung „11.000 Kinder“ zum Ausdruck zu bringen, versuchten sofort Bahnbeamte uns des Bahnhofs zu verweisen. Da wir über 50 Menschen waren und uns auch im Bahnhof in Form des „unsichtbaren Trainers“ bewegten, gestaltete sich dies etwas schwierig. Der Chef des Bahnhofs Halle, der sich uns gegenüber nicht genauer vorstellte, verlangte von der Polizei eine „gewaltsame Räumung mit allen Mitteln“. Wir verließen deshalb nach einer Viertelstunde den Bahnhof und ließen dabei 40 Heliumluftballons mit Bahntickets nach Auschwitz steigen. Anschließend machten wir eine Spontandemo durch die Innenstadt. Es wurden insgesamt 2000 Flyer an interessierte PassantInnen verteilt.

In Göttingen wurden Bilder von Kindern, die mit dem Rechtsvorgänger der Deutschen Bahn AG nach Auschwitz deportiert wurden, von Bahnangestellten demoliert, in Berlin wurde Vertretern der jüdischen Gemeinde das Wort auf dem Bahnhof verboten, in Aachen wurde der Bahnhof während einer Gedenkveranstaltung geräumt und in Halle/S. wurde eine „gewaltsame Räumung mit allen Mitteln“ von der Polizei verlangt.

Wir verurteilen das Verhalten der Deutschen Bahn am Holocaust-Gedenktag 2007 aufs Schärfste, und ebenso den Brandanschlag in Verden in der Nacht zum 27.01.07 auf einen Güterwaggon, bei dem eine Ausstellung über die Deportation von Juden nach Auschwitz verbrannte.

* Der „unsichtbare Trainer“ ist eine Theaterfigur, bei der sich die AktivistInnen gleichmäßig im Raum verteilen und auf ein Zeichen hin in der Körperhaltung eines bestimmten Aktivisten verharren, des „Trainers“, der für die Zuschauer unerkannt bleibt.

35 Jahre Radikalenerlass – Berufsverbote wieder aktuell

MANNHEIM. Fast 600 Menschen haben am 27. Januar in Mannheim gegen Berufsverbote demonstriert. Anlass war die bevorstehende Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim im Berufsverbotsfall des Heidelberger Realschullehrers Michael Csaszkóczy, dem seit nunmehr drei Jahren wegen seiner Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg die Ausübung seines Berufes verwehrt wird.

35 Jahre nach dem Radikalenerlass, den die Ministerpräsidenten der Länder am 28.01.1972 verabschiedeten, forderten die DemonstrantInnen nicht nur das Ende des gegen Michael Csaszkóczy verhängten Berufsverbots, sondern auch die Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen aus den 70er und 80er Jahren sowie die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.

Silvia Gingold, eine der prominentesten Berufsverbotsbetroffenen in den 1970er Jahren bezeichnete es in ihrer Eröffnungsrede als Skandal, dass das Berufsverbot gegen Csaszkóczy damit begründet wurde, durch die Feststellung von Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und BRD werde der Staat haltlos diffamiert. Für die Wahrheit dieser Feststellung stehe sie auch mit ihrer ganz persönlichen Familiengeschichte. Als Tochter jüdischer Widerstandskämpfer musste sie erleben, dass ein ehemaliger Stammführer der Hitlerjugend als Richter den Vorsitz in ihrem Berufsverbotsverfahren führte.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der GEW, Carmen Ludwig, versicherte Csaszkóczy auch weiterhin die volle Unterstützung der Gewerkschaft. Angesichts der vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens festgestellten Verstrickung des Verfassungsschutzes mit der rechtsextremistischen Szene sei dieser Geheimdienst denkbar



ungeeignet, in einem solchen Fall zum Herrn des Verfahrens gemacht zu werden.

Zur Demonstration aufgerufen hatten unter anderen die Landesverbände Hessen und Baden-Württemberg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen, die Rote Hilfe und die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD).

Presseerklärung des Solidaritätskomitees gegen das Berufsverbot ■

Veröffentlichungen

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhofs geschichtsrevisionistisches Buch: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“, 2003 veröffentlicht, erscheint 2006 mittlerweile in seiner fünften Auflage. In dem Buch stellt er Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (!) für hunderttausende Juden aus Polen dar. Er behauptet. „... dass in den Jahren 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen.“

Das Hörbuch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ wird 2006 vom Deutsche Stimme Verlag der NPD empfohlen („Der Bestseller des Ex-Generals“) und ist auch im Sortiment des Verlages erhältlich.

Schultze-Rhonhof hat 2006 ein zweites Geschichtshörbuch mit dem Titel „Der zweite Dreißigjährige Krieg“ veröffentlich und eine Videoaufzeichnung seines Vortrages kann über den einschlägigen Versandhandel bezogen werden.

Im Jahr 2006 trat Schultze-Rhonhof auf mehreren geschlossenen Veranstaltungen des revisionistischen Verlegers Sudholt vom Druffel & Vowinckel-Verlag auf. Diese „Zeitgespräche“ mit dem Titel „Wollte Adolf Hitler den Krieg“ sind mittlerweile auf einer DVD erhältlich. Laut einer ersten Verlagsankündigung „... sprechen drei renommierte Autoren unzensiert, hochqualifiziert und ohne Angst vor irgendwelchen Korrektheiten des Zeitgeistes über die Kriegsschuldfrage.“

Redner bei der extremen Rechten und bei Rechtskonservativen

Im März 2006 stellte Schultze-Rhonhof auf Einladung des Bildungsreferenten des Südtiroler Schützenbundes in Brixen (Italien) sein Buch vor. Eine regionale Tageszeitung schrieb später über die Buchvorstellung: „Das umstrittene Werk wurde dabei vom Journalisten Hartmuth Staffler wegen der Verharmlosung des Nationalsozialismus verrissen. Anwesend war fast die gesamte Bundesleitung. Trotzdem erschien sie tags darauf geschlossen zur Fortbildung des Ex-Generals.“

Am folgenden Tag hielt Schultze-Rhonhof für die Bundesleitung des Südtiroler Schützenbundes ein Seminar über „Innere Führung“ ab.

Gerd Schultze-Rhonhof trat am 6. Mai 2006 bei einer geschlossenen Vortragsveranstaltung auf, die gemeinsam von den revisionistischen Zeitschriften „Deutsche Geschichte“ (Sudholt-Verlag) und „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (Grabert-Verlag) „sowie einigen kulturpolitischen Organisationen und Verbänden“ unter dem Titel „Wollte Hitler den Krieg“ in München durchgeführt wurde. Der Verleger Sudholt organisierte weitere „Zeitgespräche“ als geschlossene Veranstaltungen mit Schultze-Rhonhof und weiteren Vortragenden (Dr. Stefan Scheil, Dr. Walter Post) am 1. Oktober 2006 im Großraum Frankfurt, am 22. Oktober im Raum südliches Nordrhein/Westfalen und am 25.11. im Raum Tübingen, Ludwigsburg, Esslingen.

Am 19.05.06 wurde Schultze-Rhonhof zu einer geschlossenen Veranstaltung des Altherrenverbandes der Münchener Burschenschaft Danubia eingeladen. Die Moderation der Veranstaltung mit dem Titel „Plädoyer für einen zeitgeschichtlichen Perspektivenwechsel“ machte ein ehemaliger NPD-Funktionär, der auch der Burschenschaft angehört. Schultze-Rhonhof hielt am 30. Mai 2006 seinen Vortrag „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ in der Herder-Bibliothek in Siegen-Weidenau.

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof

Jahresüberblick 2006

„... ein langjähriges und außerordentlich geachtetes Mitglied unseres Clubs.“

Der Präsident vom Rotary Club Buxtehude am 28.12.2006 über Schultze-Rhonhof

Ausladung und Raumverbot

„Festredner weicht dem Druck – Tag der Heimat ohne Schulze-Rhonhof“, titelte die Lippstädter Tageszeitung „Der Patriot“ am 8. September 2006. Schultze-Rhonhof war vom „Bund der Vertriebenen“, Kreisverband Soest, als Festredner beim „Tag der Heimat“ am 10. September 2006 in Soest vorgesehen. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung lag beim Landrat. Der Landrat hat „ausdrücklich begrüßt, dass dem umstrittenen Gastredner abgesagt wurde“. Die Ausladung von Schultze-Rhonhof erfolgte laut „BdV“ nach „enormem öffentlichen Druck“.

Am 21. Oktober wollte der Regionalverband Nord des revanchistischen „Bund Junges Ostpreußen“ (BJO) in Hamburg im Eimsbütteler Hamburg-Haus seinen „Herbstdiskurs im Norden“ abhalten. Die Veranstaltung war Teil des Gedenkjahres, das die BJO, die offizielle Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen“, 2006 für den hitlertreuen Großadmiral Karl Dönitz ausgerichtet hat. Gerd Schultze-Rhonhof war als einer von zwei Rednern der Veranstaltung vorgesehen. „Dass Herr Schultze-Rhonhof eingeladen ist, wussten wir nicht“, sagte der zuständige Gebäudemanager beim Bezirksamt Eimsbüttel. Nach öffentlichen Protesten wurde der BJO die Nutzung der städtischen Räumlichkeit untersagt.

Der Landesgruppenvorsitzende Nordrhein-Westfalen der „Landsmannschaft Ostpreußen“ beklagte sich im Rundschreiben 4-2006 seiner Organisation: „In diesem Zusammenhang müssen wir leider feststellen, dass nüchterne historische Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland nicht gerne gehört werden. So wurde unser Referent vom letzten Jahr, Herr Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof, mehrfach daran gehindert, zugesagte Termine (wie Tag der Heimat in Soest und vor dem BJO in Hamburg-Eimsbüttel) einzuhalten“.

Resumee

Schultze-Rhonhofs Aussagen wurden 2006 durch verschiedene Medien (Buch, Videovortrag, Hörbücher, DVD) einem breiten rechten Publikum zugänglich gemacht. Mit seiner Beteiligung an den „Zeitgesprächen“ des Verlegers Sudholt hat er sich fester an die extreme Rechte gebunden. Schultze-Rhonhof wird allerdings auch weiterhin nach öffentlichem Druck ausgeladen, wenn er sich nicht im engen reaktionären oder extrem rechten Bereich bewegt oder es können ihm die Räumlichkeiten für seinen Vortrag entzogen werden, wenn es sich um öffentliche Räumlichkeiten handelt.

Eine Suspendierung und Terminankündigungen 2007

Der Bildungsreferent des Südtiroler Schützenbundes wurde Anfang Januar 2007 mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert, wegen der Wahl eines „umstrittenen“ Referenten. Die italienische Tageszeitung DOLOMITEN schreibt: „Der Schützen-Bildungsreferent Peter Piock hatte den rechtsextremen, ehemaligen deutschen Bundeswehr-General für Schulungen nach Südtirol geholt. Piock hat sich bisher geweigert, sich von Schultze-Rhonhof zu distanzieren.“

Schultze-Rhonhof ist am 13. Februar 2007 als Vortragender beim Rotary Club in Buxtehude vorgesehen. Der Club hat den Vortrag seltsamerweise in einer ersten Programmvorschau mit einem „?“ angekündigt. Dem Protest der VVN-BdA Kreisvereinigung Stade gegen den Auftritt kam der Präsident des Rotary Clubs in Buxtehude nicht nach: „Gerd Schultze-Rhonhof ist ein langjähriges und geachtetes Mitglied unseres Vereins. ... Als Präsident des Clubs verwahre ich mich im Namen aller Mitglieder gegen ihre Unterstellungen und fordere Sie auf, uns zukünftig mit Ihren Ausführungen zu verschonen.“

Der Rotary Club Buxtehude hat inzwischen seine Programmvorschau aktualisiert und der Schultze-Rhonhof Vortrag wird mit dem Titel. „Wer war Kuno, ein alter Rittersmann?“ angegeben.

Der Verleger Sudholt hat für den 25. März 2007 ein weiteres „Zeitgespräch“ („Wer wollte den Zweiten Weltkrieg? Kriegsursachen 1939/41“) mit Schultze-Rhonhof, Dr. Stefan Scheil und Dr. Walter Post für den Großraum Hamburg angekündigt.

Michael Quelle, VVN-BdA Stade
21. Januar 2007 ■

Rechtsextreme Fraktion im EU-Parlament:

Keine parlamentarischen Führungspositionen

PARIS/STRASBOURG. Bei der Neuvergabe von Führungsposten in mehreren Ausschüssen des Europaparlaments am 1. Februar 07 haben sich die übrigen Fraktionen darauf verständigt, der rechtsextremen Fraktion keine Ausschussvorsitze und Vizevorsitze zukommen zu lassen. Rechtsextreme Parlamentarier hatten sich um die Vizeposten im Verkehrs- und im Kulturausschuss beworben. Ihre Fraktion wurde jedoch nicht berücksichtigt. (Vgl. http://linkszeitung.de/content/view/88544/101/)

Der deutsche SPD-Europaparlamentarier Martin Schultz hatte schon kurz nach dem Zusammenschluss der Rechtextremen im EU-Parlament die anderen Parteien dazu aufgefordert, das sonst übliche Proporzprinzip zu durchbrechen, wo es darum geht, die Rechtsextremen der Combo „Identität, Souveränität, Tradition“ von parlamentarischen Führungspositionen fern zu halten. Derzeit wird der „Cordon sanitaire“ also eingehalten. An der IST-Fraktion sind u.a. der französische FN und die österreichische FPÖ beteiligt.

Besonders erzürnt sind die anderen EP-Abgeordneten über das Verhalten des (bisher noch) einzigen bulgarischen Delegierten, der für die extremen Rechte im EU-Parlament sitzt. Bulgarien und Rumänien sind dort im Moment noch mit Delegierten und nicht mit direkt gewählten Abgeordneten vertreten, da sie erst zu Anfang dieses Jahres in die Europäische Union aufgenommen wurden; doch im Mai 07 werden dort nun auch die Europaparlamentarier direkt vom Wahlvolk bestimmt werden. Aber der 23jährige Vertreter der bulgarischen rechtsextremen Ataka-Partei, Dimitar Stojanow, hat schon jetzt die Zeit gefunden, um unangenehm aufzufallen. Im Herbst 2006 sorgte er für einen Eklat im Europaparlament (wo er damals noch nur mit Beobachterstatus saß, da Sofia und Bukarest vor dem 1.1.2007 noch keinen Mitgliedsstatus hatten). Damals hat er eine ungarische Abgeordnete mit rassistischen und sexistischen Äußerungen beleidigt. Es handelt sich um die Parlamentarierin Livia Jaroka, die aus der Bevölkerungsgruppe der Roma stammt und in Strasbourg der bürgerlich-christdemokratischen Fraktion angehört. Ihr sollte damals aufgrund ihres Engagements ein Preis als beste Abgeordnete verliehen werden. Der rechtsextreme Bulgare schrieb daraufhin in einem Brief an das EP-Präsidium, er kenne „in meinem Land Zehntausende von Zigeunermädchen, die viel schöner sind als diese Ehrbare da“. Aber, fügte er hinzu, „die besten unter ihnen sind teuer, bis zu 5.000 Euro das Stück“. Der Präsidentschaftskandidat seiner Partei im Jahr 2006, Wollen Siderow, seinerseits hatte schon mal in einem öffentlichen „Scherz“ erklärt, er wolle die Roma „zu Seife verarbeiten“.

In der Ausgabe 2-2007 der AN hatten wir darauf hingewiesen, dass es beim letzten Mal, als es eine rechtsextreme Fraktion im EU-Parlament gab (in den Jahren 1989 bis 1994) einen Streit zwischen deutschen REP- und italienischen MSI-Abgeordneten um den „deutschen“ bzw. italienischen Charakter Südtirols gegeben habe. Und prompt gibt es auch heute wieder einen ähnlichen Streit... Dieses Mal zwischen der Italienierin Alessandra Mussolini und der österreichischen FPÖ um Andreas Mölzer und Hans-Christian Strache.

(Vgl. dazu näher: http://news.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fnews.orf.at%2Fticker%2F241554.html; http://www.athesia.com/nachrichten/artikel.asp?KatID=fa&ArtID=87223; http://tirol.orf.at/stories/165207/; http://ww.diepresse.at/Artikel.aspx?channel=p&ressort=i&id=613893; http:// www.kurier.at/nachrichten/oesterreich/52209.php?from/nachrichten/oesterreich/52201)

Solche Leute lernen eben kaum jemals dazu. Allerdings spricht sich der einzige EP-Abgeordnete der österreichischen FPÖ, Andreas Mölzer, aus Realpolitik und um Zoff mit den rechtsextremen Italienern und Polen in Strasbourg zu vermeiden, für eine Akzeptanz des Bündnisses mit der Mussolini-Enkelin aus, obwohl „wir uns in dieser Frage (Südtirol) nie einigen werden“, sowie für die Respektierung der Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen aus. Dafür wird er aber von manch anderen österreichischen Rechten beinahe gesteinigt. *Bernhard Schmid* ■

„Wehret den Zuständen!“

3. Antifaschistischer Ratschlag Sachsen

CHEMNITZ. Als vollen Erfolg werten die Veranstalter den 3. sächsischen Antifaschistischen Ratschlag, der am 27. Januar im AJZ Chemnitz stattfand. Mit rund 150 Teilnehmern war die Beteiligung gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Der Antifaschistische Ratschlag wird seit

2005 jährlich in zeitlicher Nähe zum internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar als Bündnisveranstaltung durchgeführt, die von zahlreichen Gruppen aus allen Teilen Sachsens getragen und vorbereitet wird. Der Ratschlag soll dabei zur Vernetzung, dem Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung dienen.

Das Hauptreferat der Veranstaltung hielt die Berliner Diplom-Psychologin Christina Kaindl vom Vorstand des Bundes Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die die Versuche der extremen Rechten, über völkische Kapitalismuskritik und die Propagierung des Nationalismus als Schutzwall gegen die Globalisierung neue Anhänger zu gewinnen, analysierte. In acht Gruppen wurde anschließend zu verschiedenen Bereichen des Problemfelds gearbeitet. So berichtete der Publizist Christian Dornbusch über rechte Tendenzen in Jugendkulturen und moderierte die Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e.V. einen Workshop über konkrete örtliche Möglichkeiten der Abwehr neonazistischer Aktivitäten.

Aus der Resolution:
Wir wissen, dass eine gute Sozialpolitik und eine gerechtere Wirtschaftsordnung allein nicht zu einer entscheidenden Zurückdrängung der extremen Rechten führen werden. Wir wissen jedoch ebenso, dass eine ungerechte Wirtschaftsordnung, steigende Zukunftsängste der Menschen, das Abschreiben ganzer Regionen, eine Politik des sozialen und kulturellen Kahlschlags wie auch die weitere Verschärfung der Ungleichheit die Entwicklungs- und Existenzmöglichkeiten der extremen Rechten fördern. Antifaschistische Politik steht für die Verwirklichung von Gleichheit in allen Bereichen und von Demokratie auf allen Ebenen. Faschistische Politik steht für die extremste Form der Ungleichheit bis hin zum Bestreiten des Lebensrechtes für ganze Menschengruppen und für einen autoritären Führerstaat. Zurückdrängung des Faschismus kann also nur erfolgen durch mehr Demokratie und durch mehr Gleichheit. Dafür stehen wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 3. Antifaschistischen Ratschlags in Sachsen.

Eine Zwischenbilanz zog beim Ratschlag auch die Initiatorengruppe des Volksantrags „Courage zeigen“, mit dem versucht wird, ein weiteres Staatsziel in die sächsische Verfassung aufzunehmen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes stellte ihre Kampagne zur Wiederaufnahme des Verbotsverfahrens gegen die NPD vor. Die Veranstaltung klang mit einem Konzert der Chemnitzer Klezmer-Band „Klimborim“ aus. Abschließend wurde einhellig eine Resolution verabschiedet .

Koordinierungsgruppe „Antifaschistischer Ratschlag Sachsen“, i.A. Kerstin Köditz ■

PRO ASYL veröffentlicht Untersuchung zur Qualität von Asylverfahren

Die Asylanhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist das Kernstück des Asylverfahrens. Mit dem Interview und der daraus folgenden Entscheidung werden entscheidende Weichen gestellt: Für einen Schutz in Deutschland oder in Richtung Abschiebung. Eine von PRO ASYL in Auftrag gegebene Studie hat sich jetzt mit der Qualität der Entscheidungspraxis des Amtes bei eritreischen Asylantragstellern beschäftigt. 77 Verfahren aus den letzten sechs Jahren standen auf dem Prüfstand der Autorin Dr. Ines Welge. Das Ergebnis: Die Qualität ist desolat. Es mangelt an Kontrolle. PRO ASYL fordert nun Konsequenzen.

Für absolut inakzeptabel hält PRO ASYL, dass in zahlreichen Verfahren die Person, die die jeweiligen Asylsuchenden anhört und diejenige, die über den Antrag entscheidet, nicht identisch sind. Auf diese Weise entscheidet jemand, der den Asylantragsteller niemals gesehen hat, auf der Basis eines Protokolls, das er nicht selbst geführt hat. Glaubwürdigkeit kann nicht allein nach Aktenlage beurteilt werden. Dass es dennoch geschieht – zumeist zum Nachteil der Betroffenen – ist skandalös. Weitere elementare Mängel:

◗ In der überwiegenden Zahl der Fälle bestehen die Bescheide fast nur aus allgemeinen Textbausteinen zur Rechtsprechung und zum Herkunftsland. Die Befassung mit dem individuellen Schicksal von Asylsuchenden beschränkt sich oft auf wenige Sätze.

◗ Ein Teil der Bundesamtsbediensteten lässt Länderkenntnis vermissen, obwohl das Bundesamt über eine eigene umfangreiche Herkunftsländerdokumentation verfügt.

◗ Nicht selten wird gegen zentrale Verfahrensgrundsätze verstoßen, so gegen die sogenannte „Vorhaltepflicht“. Festgestellt wurde im Rahmen der Untersuchung, dass ablehnende Asylentscheidungen auf angebliche Widersprüche gestützt wurden, die den Betroffenen niemals zu Stellungnahme vorgehalten worden waren – ein grober Verstoß gegen Verfahrenspflichten.

◗ Bei Opfern sexueller Gewalt erfolgt z.T. keine sensible Aufklärung des Sachverhaltes. Obwohl es beim Bundesamt Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifische Verfolgung gibt, werden sie nicht in allen Fällen beigezogen. Dieses Verhalten bleibt im Amt unbeanstandet.

◗ In Verfahren, in denen Asylsuchende angaben, noch sichtbare Folterspuren am Körper zu tragen, wurden keine medizinischen Gutachten zur Ursache eingeholt. So wird Folter ignoriert und bagatellisiert.

? In vielen Asylentscheidungen wird bereits bei der Zusammenfassung des vorgetragenen Sachverhaltes einseitig und unfair gearbeitet. Was sich im Protokoll noch findet, fehlt in der Entscheidung.

PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic: „Wer solch mangelhafte Arbeit zulässt, dem ist vorzuwerfen, dass er es mit dem Grund- und Menschenrecht auf Asyl nicht allzu ernst meint.“ PRO ASYL hat die Untersuchung dem Bundesamt und den Verwaltungsgerichten zur Verfügung gestellt. Von der Leitung des Bundesamtes fordert PRO ASYL jetzt Konsequenzen, u.a. durch eine lückenlose Kontrolle aller Bundesamtsentscheide, bevor sie das Amt und seine Außenstellen verlassen. *gez. Bernd Mesovic Referent“*

Presseerklärung 23. Januar 2007 ■

Keine Kredite für ausländische Studierende

HANNOVER. Die SPD-Fraktion im nds. Landtag kritisiert die niedersächsische Landesregierung bezüglich der Auswirkungen der eingeführten Studiengebühren. Die SPD-Fraktion wirft der Landesregierung vor, ausländische Studierende massiv zu benachteiligen. „Minister Stratmann lässt Studierende aus anderen Ländern im Regen stehen“, sagte die hochschul-politische Sprecherin Dr. Gabriele Andretta. „Während das Land deutschen Studierenden einen Kredit zur Finanzierung der Studiengebühren anbietet, bleibt dieser Weg ausländischen Studierenden verschlossen.“

Die Einführung der Studiengebühren seit diesem Wintersemester bedeutet besonders für Studierende aus osteuropäischen Staaten, China, Asien, Lateinamerika und Afrika eine weitere hohe Hürde und kann den Abbruch des Studiums in Niedersachsen zur Folge haben. Andretta bewertete es als zynisch, dass das Ministerium das Abkassieren von ausländischen Studierenden mit dem Prinzip der Gleichbehandlung begründet, ihnen aber gleichzeitig den Zugang zu Krediten des Landes verweigert. „Ausländische Studierende sind an unseren Hochschulen willkommen. Sie sind die besten Botschafter Niedersachsens“, so Andretta. „Daher fordern wir einen Stipendienfonds für ausländische Studierende. Aus diesem Fonds sollen Studiengebühren und Stipendien finanziert werden. Das würde nicht nur die soziale Härte abfedern, sondern wäre darüber hinaus ein Signal für die Weltoffenheit niedersächsischer Hochschulen.“



Ausgezeichnet beim Plakatwettbewerb 2006 vom Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“, siehe auch: www.kmii-koeln.de

Als besonderen Skandal bezeichnet Andretta, dass die Landesregierung nicht einmal Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention einen Studienkredit gewährt. „Da wird in Sonntagsreden von Integration geschwafelt und im politischen Handeln Integration verweigert. Die SPD wird hierzu erneut eine Gesetzesinitiative ergreifen, um die Diskriminierung dieser Gruppe im Hochschulgesetz aufzuheben“, kündigte Andretta an.

Allein an der TU Clausthal sind 34 Prozent ausländische Studierende eingeschrieben. Von den rund 1.000 ausländischen Studierenden stammen circa 600 Studierende aus unseren Partnerregionen in China. Auch besonders hochbegabte Studierende etwa an der Hochschule für Musik und Theater in Hannover sehen sich mit einer weiteren Belastung in Deutschland konfrontiert.

Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Nds. Landtag v. 19.01.07 ■

Diskriminiert und verfolgt: Sinti und Roma in Deutschland

In Deutschland leben Schätzungen zufolge 70.000 bis 80.000 Sinti und Roma. Da in Deutschland keine statistischen Angaben über ethnische Zugehörigkeit erhoben werden, steht eine genaue Zahl nicht zur Verfügung. Sinti und Roma waren immer wieder Opfer von Diskriminierung und Verfolgung. Unter der nationalsozialistischen Diktatur waren sie in Deutschland und in den während des Zweiten Weltkriegs in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Opfer eines Völkermords. Von den in Deutschland und Österreich seinerzeit erfassten 40.000 Sinti und Roma wurden bis Mai 1945 über 25.000 ermordet. Diese Erfahrung wirkt auch im Bewusstsein der nach

1945 Geborenen nach. Die größte Interessenvertretung ist der 1982 gegründete Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, der auch das in Heidelberg ansässige Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma betreibt.

Ende 2006 veröffentlichte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eine Repräsentativumfrage zu Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen. An der Umfrage beteiligten sich 309 Personen, was angesichts der Zahl von 70.000 bis 80.000 Sinti und Roma dem Anspruch auf Repräsentativität mehr als genügt. (Bei einer vergleichbaren Erhebung unter der Mehrheitsgesellschaft müssten 300.000 Personen die Fragen beantworten. Bei Erhebungen werden in der Regel 1.200 bis 1.500 Personen befragt.) 76 % der Befragten bejahten die Frage, ob sie bei der Arbeit, von Nachbarn, in Gaststätten oder an anderen Plätzen schon häufiger diskriminiert wurden, 10,7 % meinten, dass sie selten in diesen Bereichen diskriminiert wurden, und 13,2 % verneinten eine solche Erfahrung der Diskriminierung.

Konkrete Diskriminierungen bei der Bewerbung um eine Arbeitsstelle wurden von 44 % bejaht. 54 % haben eine solche Erfahrung nicht gemacht. Bei der Bewerbung um eine Wohnung fühlten sich 54 % diskriminiert, 43 % nicht. Auf die Frage, ob von der Polizei oder einer anderen Behörde die Minderheitenzugehörigkeit aufgenommen wurde, antworteten 45,9 % mit „ja“, 31,7 % mit „möglich – bin nicht sicher“, 18,8 % mit „nein, noch nie“. Zum Bereich Schule sahen 30 % eine ausreichende Förderung ihrer Kinder bzw. Enkel als gegeben, 40 % verneinten diese Frage, 20 % antworteten mit „ich weiß nicht“, die restlichen Personen beantworteten diese Frage nicht. Weitere Daten aus der Erhebung finden sich auf der Internetseite des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma:

http://zentralrat.sintiundroma.de
Quelle: Europa:Mobil Januar 2007 ■

Höhere Bezahlung von Integrationslehrern gefordert

Baden-Württemberg. Seit Jahren wehren sich Honorarlehrkräfte mit Appellen gegen den Verfall der Honorare in den vom Bund unterfinanzierten Deutsch- und Integrationskursen für Zuwanderer. Mit ihrer langjährigen Berufserfahrung versuchten sie bereits vor der Verabschiedung auf das Zuwanderungsgesetz einzuwirken, um die Arbeitsbedingungen für sich und die Lernbedingungen für die Kursteilnehmer zu verbessern. Unter dem Zuwanderungsgesetz beträgt die Finanzierung nur noch 2,05 Euro pro Unterrichtseinheit und Teilnehmenden. Die Höhe der Honorare ist nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben und bewegt sich zwischen 7,– und 20,– Euro.

Davon müssen die freien Lehrkräfte nicht nur die Kurse halten, sondern auch die Vor- und Nachbereitung bestreiten, die unterrichtsfreien Tage, Urlaub, Feier- und Krankentage überbrücken, ihre Sozialabgaben und Steuern und ihre Fahrt- und Betriebskosten entrichten.

„Wer Integration fordere, müsse auch die entsprechenden Mittel dafür bereitstellen“, meinen Integrationslehrerinnen aus Reutlingen und riefen eine Unterschriftenkampagne ins Leben. „Gelungene Integration sei immer ein zweiseitiger Prozess, der entschiedener Anstrengungen auf der Seite der aufnehmenden Gesellschaft bedarf, heißt es in der Petition. In diesem Sinne seien deutliche Verbesserungen bei der Integrationsförderung notwendig. Eine zwangsverpflichtende Teilnahme an den Kursen lehnen die Initiatorinnen ab.

Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt Januar 2007“ -10.01.2007 ■

Hamburger Appell: Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!

Als bisher einziges Bundesland will der Hamburger Senat Familien nach Afghanistan abschieben. In ein Land, in dem der Krieg sich ausweitet, tausende Zivilisten allein in diesem Jahr getötet wurden, die Abgeschobenen keine Wohnung finden, keine Arbeit, keine medizinische Versorgung erhalten, junge Menschen in vielen Landesteilen keine Aussicht auf Schulunterricht und Ausbildung haben und die Rechte von Frauen oft und an vielen Orten mit Füßen getreten werden:

Abschiebungen von Familien nach Afghanistan bedeuten zur Zeit Abschiebung in ein Leben ohne Zukunft, für viele sogar in den Tod! Das Vorgehen des Senats ist empörend. Hamburg, das sich seiner Weltoffenheit rühmt, muss bedrohten Menschen Schutz bieten. Wir wissen uns mit der großen Mehrheit der Hamburger Bevölkerung einig in der Forderung: Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!

ErstunterzeichnerInnen:
Prof. Dr. Norman Paech, MdB DIE LINKE Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages
Niels Annen, MdB SPD, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Bundestages
Anja Hajduk, MdB Bündnis 90/Die Grünen, GAL-Landesvorsitzende, Haushaltspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Krista Sager, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
Wolfgang Rose, Landesbezirksleiter der Gewerkschaft ver.di in Hamburg
Fanny Dethloff, Pastorin und Vorsitzende der BAG Asyl in der Kirche
Wer den Hamburger Appell unterstützen will, kann eine Mitteilung schicken an: norman.paech@wk.bundestag.de



Kurdischem Künstler droht Auslieferung

Hamburg. Der mit mehreren Kunstpreisen ausgezeichnete kurdische Schauspieler, Dichter und Musiker Engin Celik wurde Anfang Januar verhaftet und in Abschiebehaft verbracht. Ihm droht die baldige Auslieferung an die Türkei. Keine rosige Aussicht, denn in der Türkei wäre er in dreifacher Hinsicht bedroht: als Kurde, als Linker und als Künstler.

Aufgrund seiner politischen, journalistischen und künstlerischen Arbeit wurde Engin Celik in der Türkei mehrfach verhaftet und gefoltert. Im November 2003 floh er deshalb in die BRD und beantragte Asyl. Am 7. Januar 2006 wurde er während einer Zugfahrt in der Nähe von Gießen verhaftet und befindet sich derzeit im Abschiebegefängnis Offenbach. Am 15. Januar trat er in den Hungerstreik, um gegen seine drohende Abschiebung zu protestieren. Kürzlich wurde er gegen seinen Willen dem türkischen Konsulat vorgeführt, wo die entsprechenden Reisedokumente beantragt wurden, denn als Reaktion auf seinen Hungerstreik wollen die zuständigen Behörden die Abschiebung beschleunigen.

In der BRD engagierte Celik sich in politischen Gruppen und gründete mit anderen in Hamburg die Theatergruppe „Düsler Sahnesi“ – die „Bühne der Träume“. Daneben tritt Celik als Musiker auf, veröffentlicht Gedichte und wurde u.a. im November 2006 beim Internationalen Yilmaz Güney Festival in Frankfurt/Main für seine Kunst mit dem ersten Preis geehrt.

„Sollte er in die Türkei ausgewiesen werden, befindet er sich in großer Gefahr“, sorgen sich seine Künstlerkollegen Yasir Dagdeviren und Latif Duran. Der Jahresbericht Türkei 2006 von Amnesty International bestätigt diese Befürchtung: demnach geht die Folter in der Türkei ungehindert weiter und der türki-

schen Justiz fehle „der Willen, die für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen strafrechtlich zu belangen“.

Diesem „Klima der Straffreiheit“ (ai) steht ein Klima der Repression gegenüber – trotz der Reformen, die Ministerpräsident Erdogan bei seinem Amtseintritt 2003 gerade in Bezug auf das ‚kurdische Problem‘ versprach, um die Beitrittsverhandlungen mit der EU zu beschleunigen. „Inzwischen erwiesen sich die meisten Versprechen Eodogans als heiße Luft“, erläutert Duran. „Die kurdische Sprache ist in den Schulen nach wie vor verboten. Es ist doch absurd, dass Zehntausende Türken in Deutschland für ihr Recht, ihre Muttersprache sprechen zu dürfen, demonstrieren, in der Türkei aber alle anderen Sprachen außer Türkisch verboten sind“.

Besonders kurdische Künstlerinnen und Künstler sind im Fadenkreuz der türkischen Behörden. Kurdische Kultureinrichtungen werden immer wieder vom Staat geschlossen, Künstlerinnen und Künstler werden verhaftet, nur weil sie ihre Muttersprache sprechen. Dabei kommt es zu grotesken Szenen, wie die Istanbuler Theatergruppe „Jiyana Nu“ (Neues Leben) schilderte. „Viele von uns sind so oft festgenommen worden, dass wir gar nicht mehr mitzählen“, sagte Schauspieler Murat Batgi bei einem Hamburg-Besuch 1999. Bei einem Auftritt wurde die gesamte Gruppe von der Bühne weg verhaftet und am anderen Tag dem Haftrichter vorgeführt. Der war einigermaßen verblüfft über deren Aufzug und noch mehr darüber, dass sie verhaftet wurden, obwohl die Polizeibeamten überhaupt nicht verstanden hatten, was auf der Bühne vor sich ging. Obwohl mangels Sprachkenntnis nicht geklärt werden konnte, ob das aufgeführte Stück zu beanstanden sei, blieben zwei der Schauspieler daraufhin für 40 Tage inhaftiert.

„1999, nach der Verhaftung Öcalans, herrschte eine aufgeheizte Stimmung in der Türkei. Das hatte sich zwischenzeitig etwas entspannt“, so Dagdeviren. „Aber jetzt nimmt die Repression seitens des Staates wieder zu“ „Und auch der Nationalismus in der Bevölkerung“, ergänzt Duran. „Die Zuschauer sind in Scharen protestierend aus dem Kino gerannt, weil ein Film mit kurdischer Musik unterlegt war. Der beste Beweis, wie gefährlich dieser wütende Nationalismus werden kann, ist die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink.“

Alles in allem kein guter Zeitpunkt für einen linken kurdischen Künstler, in die Türkei ausgeliefert zu werden, wo er direkt den türkischen Behörden übergeben wird. „Nein“, sind sich Dagdelen und Duran einig, „aber es ist nie ein guter Zeitpunkt, irgendwen irgendwohin abzuschieben“. Künstlerkollegen und politische Weggefährten Celiks initiierten eine breite Solidaritätskampagne.

Es wird u.a. dazu aufgerufen, ihm zu schreiben: *Engin Celik, Einrichtung für Abschiebehaft Offenbach, Luisenstr. 24, 63067 Offenbach.* *Birgit Gärtner* ■

: neuerscheinungen, ankündigungen

Zwangsarbeit für Siemens in Auschwitz und Berlin

Die Initiative „Zwangsarbeit erinnern e.V.“, die sich 2005 in Berlin-Spandau gründete, hat jetzt mit einer Broschüre und beiliegender DVD den Besuch von 4 ehemaligen Siemens-Zwangsarbeitern dokumentiert, die vom 27. - 30. November 2005 auf Einladung des Vereins nach Berlin kamen.

Die vier jüdischen KZ-Häftlinge, Gilbert Michlin, Marcel Tuchman, Paul Schaffer und Henry Schwarzbaum waren seit 1943 im Außenlager Bobrek des KZ Auschwitz mit über 200 anderen männlichen und weiblichen KZ-Häftlingen zur Zwangsarbeit für Siemens eingesetzt worden.

Die Broschüre schildert das Zustandekommen und die verschiedenen Stationen des Besuchs. Außerdem enthält sie kurze Biografien der 4 Überlebenden, die auch ihr Leben nach 1945 behandeln. Gilbert Michlin und Marcel Tuchman leben heute in den USA, Paul Schaffer in Frankreich, nur Henry Schwarzbaum lebt heute in Berlin.

Kernstück der Broschüre sind die Aufsätze von Rolf Schmolling zur „Häftlingsarbeit für Siemens in der NS-Zeit“ und Thomas Irmer „Siemens und die Erinnerung – Zur Auseinandersetzung um Siemens in der NS-Zeit nach 1945“.

Die Fakten, die Schmolling schildert, sprechen für sich: Im Jahr 1943 beschäftigte das Gesamt-Unternehmen Siemens nach eigenen Angaben nahezu 250.000 Menschen – darunter viele tausend Zwangsarbeiter, im Spitzenverdienstjahr 1944 steigerte das Unternehmen seinen Umsatz um 225 Prozent von 318 Mio. RM auf 1037 Mio. RM, wobei die größten Steigerungsraten in den reinen Rüstungsbetrieben lagen.

Bei Siemens & Halske waren im März 1943 35 Prozent der Belegschaft Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, ausländische Zwangsarbeiter. Bei den Siemens-Schuckart-Werken betrug ihr Anteil an der Gesamtbelegschaft bereits im August 1942 42 Prozent.

Bei Produktionseinsätzen mit männlichen, qualifizierten Häftlingen, die als Facharbeiter eingesetzt wurden, wie z.B. im KZ-Außenlager Bobrek, gab es vergleichsweise eine etwas bessere Unterbringung und Versorgung der Häftlinge als bei großen Baueinsätzen wie in Ebensee (Österreich), die untertage erfolgten und bei denen die KZ-Häftlinge als austauschbare Arbeitskräfte eingesetzt wurden, bis ihre Arbeitskraft verbraucht war.

Irmer schildert in seinem Beitrag die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, bis sich Siemens bei der Frage der Entschädigung bewegte. Mehr als 50 Jahre lehnte das Unternehmen dies aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Erst Ende der 90er Jahre, nach viel öffentlichem Druck änderte sich die Haltung und Siemens schloss sich der „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft“ an. Nach wie vor allerdings ist der Zugang zum Firmenarchiv restriktiv geregelt, so dass davon auszugehen ist, dass noch längst nicht alle Fakten über die Rolle des Unternehmens in der NS-Zeit auf dem Tisch liegen.

Die Broschüre liefert die Fakten – auf der beigelegten 20-minütigen DVD kommen die Überlebenden selbst zu Wort. Zu Beginn der DVD zitiert einer der Überlebenden Heinrich Himmler: „Wenn wir die verhafteten Personen am Leben halten, ist es hauptsächlich, um sie als Arbeitskräfte zu benutzen. - Die Arbeit ist ein anderes Mittel, um sie umzubringen.“ Dann schildern Gilbert Michlin, Marcel Tuchman, Paul Schaffer und Henry Schwarzbaum, abwechselnd und ineinander übergreifend, ihren Leidensweg und Arbeitsalltag im KZ, wie auch die Rolle von Siemens dabei.

Der Wahnsinn der faschistischen KZ-Logik („My father had glasses and for Dr. Mengele glasses were unforgivable. So he was send to the gaschamber.“) und die parallel dazu übergangslos funktionierende betriebswirtschaftli-

che Logik von Siemens („Siemens überprüfte unsere professionellen Kapazitäten und stellte danach ein.“) dokumentiert eindrucksvoll, dass die Nutzung von Arbeitskraft durch Vernichtung betriebswirtschaftlich den Vorteil geringer Lohnkosten, allerdings auch den Nachteil großer Fluktuation nach sich zieht. Dem begegneten die Siemensmanager durch Einführung eines Minimums an Maßnahmen zu ihrem Erhalt. Für die Häftlinge war das wiederum der seidene Faden, der sie mit dem Leben verband und der sie glücklich sein ließ, diesen Platz zu erhalten.

Sie zeigen aber auch den Mut, geringe Spielräume zu nutzen, um Leben zu erhalten („Mein Vater stellte die Bedingung, dass er nur anfängt, wenn ich ebenfalls von Siemens übernommen werde.“). Sie schildern ihre Träume von einer Zeit jenseits der Gitter, die Überstellung nach Siemensstadt und Sachsenhausen, den Todesmarsch mit 5000 Opfern und die Befreiung während des Marsches.

Ihr Beitrag und das Schlusszitat bestätigen das Eingangsstatement: „Wir wurden als Sklaven benutzt und wenn der Krieg noch länger gedauert hätte, wäre unser Schicksal ohne Zweifel das gleiche wie das der anderen gewesen, die in dieser Zeit umgekommen sind, auf Grund der Entscheidung, die in Wannsee getroffen wurde.“

Dass die Siemensmanager sich 1945 mit dem Hinweis verteidigten, sie seien von staatlicher Seite zur Nutzung der Häftlinge verpflichtet worden, verdeutlicht nur, dass es für sie keinen Unterschied macht: Für den Kapitalismus sind mögliche Vorteile notwendige Vorteile. Sie nicht zu nutzen, widerspricht seiner Logik. *upb* ■

Zwangsarbeit für Siemens in Auschwitz und Berlin, hrsg. von Zwangsarbeit erinnern e.V., Metropol Verlag, Berlin, broschiert, 116 Seiten, mit DVD, ISBN 978-3-938690-47-5, Preis 16 Euro

Peter Gingold-Broschüre (2. erweiterte Auflage)



Zum 90. Geburtstag des Antifaschisten und Kommunisten Peter Gingold erschien eine 64-seitige Broschüre mit biographischen Beiträgen unter dem Titel „Résistance = Widerstand – ein Leben lang!“.

Diese Dokumentation mit Beiträgen von Harald Fiedler, Siegmund Gingold, Horst Gobrecht, Jürgen Hinzer, Conny Kerth, Horst Schmitthenner, Ulrich Schneider, Robert Steigerwald, Sahra Wagenknecht und natürlich Peter Gingold selber fand eine sehr große Resonanz. Diese erste Auflage ist vergriffen.

Nun hat die Lagergemeinschaft Buchenwald - Dora/ Freundeskreis e.V. eine zweite Auflage herausgebracht, ergänzt durch eine 12-seitige Beilage „Wir nehmen Abschied“ mit Nachrufen, Berichten und weitern Dokumenten zum Tode von Peter Gingold am 29. Oktober 2006.

Auch diese Auflage wird zum Ladenpreis von 5 Euro angeboten. Bestellungen sind über alle Buchhandlungen möglich. ISBN 3-89144-375-7

Für Sammelbestellungen bzw. Wiederverkäufer gelten folgende Konditionen:

Ab 5 Exemplare 4 Euro plus Transportkosten. Ab 10 Exemplare 3 Euro plus Transportkosten.Diese Bestellungen sind direkt an die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V. zu richten:

Lagergemeinschaft Buchenwald, p.A. VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt/M. Bestellungen per E-Mail an: dr.u.schneider@arcor.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Wie der DOD jetzt berichtet, hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen auf seiner Sitzung am 14. November 2006 in Frankfurt a.M. ein Konzept für die weitere Kulturarbeit beschlossen unter dem Titel „Das historische Erbe – für die Zukunft bewahren und entwickeln“. Darin erneuern die Vertriebenenverbände ihren Ansrpuch auf die Lufthoheit über das, was sie „kulturelles Erbe nennen“ und stellen auch weitreichende finanzielle Forderungen an den Bund und die Länder. Der DOD schreibt: „Die Mitglieder der den Bund der Vertriebenen konstituierenden Verbände sind personale Träger der Kultur der Vertreibungsgebiete. Deren Kultur ist Teil ihrer Identität, die nicht mit der Erlebnisgeneration erlischt, sondern generationenübergreifend fortwirkt und prägt. ... Um diese (kulturpolitischen Ziele) zu verwirklichen, beruft er (der BDV) sich auf die gesetzlichen Verpflichtungen der öffentlichen Hand gemäß § 96 BVFG zur Erfülung dieser Aufgaben.“ Im Folgenden werden 12 Forderungen aufgelistet von denen nur einige zitiert werden:

– die weitere Einrichtung landsmannschaftsbezogener Landesmuseen, wobei die maßgebliche Mitarbeit von Vertretern der jeweiligen Landsmannschaft statuarisch zu sichern sei sowie auch die Förderung durch Bund und Land

– die wissenschaftliche Fundierung soll bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen liegen, die „existenzsichernd und mit längerfristiger Perspektive“ so zu fördern sei, dass sie wieder öffentliche Wirksamkeit habe

– die kulturelle Identität vertriebener Bevölkerungen und Volksgruppen werde vor allem durch die Landsmannschaften gewahrt, die wieder angemessen personell und sachlich zu fördern seien

– die Geschichte der Vertreibungsgebiete und das Schicksal ihrer Bevölkerungen soll wichtiger Gegenstand des Schulunterrichts und fester Betandteil von Lehrplänen, Lehrbücher und Lehrerausbildung werden.

Unter 12 heißt es: „Nur wenige sächliche Kulturgüter und -gegenstände konnten bei der Flucht und Vertreibung mitgeführt werden und befinden sich in Deutschland. Sie sind Zeugnisse für die Identität und das Selbstverständnis der jeweiligen Vertriebenengruppe. Zunehmende Forderungen auf Rückführung in das Vertreibungsgebiet sind deshalb abzulehnen, ihre dauerhaft gesicherte ... Unterbringung in den Landesmuseen ... zu ermöglichen.“

Der BDV wähnt sich im Aufwind und stellt massiver als zuvor Forderungen nach staatlicher finanzieller und inhaltlich politischer Unterstützung seiner nach wie vor revanchistischen Ziele.

DOD 1-2007 - u.b. ■

Rechtsfraktion im Europaparlament

Junge Freiheit Nr. 4/07 v. 19. Januar 2007

Die Gründung der Rechtsfraktion ITS im europäischen Parlament hatte das Blatt in der Ausgabe zuvor noch als Bildung einer „technischen Fraktion“ bezeichnet. In dieser Ausgabe folgt ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Bruno Gollnisch vom Front National. Golnisch bedauert, dass der Fraktion kein deutscher Abgeordneter angehört, weil „unserer früherer Koalitionspartner im Europäischen Parlament, die Republikaner, durch die Political Correctness diskreditiert und durch das Wirken der politischen Polizei in Deutschland unterwandert worden sind.“ Auf die Frage, ob er in „Deutschland eine Partei“ sehe, „die sich zu einem Partner“ für die Rechten entwickeln könne, antwortet Gollnisch: „Es ist zu früh, um solch eine Frage zu beantworten. Aber ich sagen Ihnen, Europa befindet sich in einer sich zuspitzenden Krisensituation ... Ich glaube, dass unser Erfolg auch ein Signal an die Bürger sein kann: ‚Seht her, es gibt eine Alternative‘.“ Vor allem ist mit der Fraktionsbildung eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Abgeordneten verbunden. Ob diese Mittel auch zur Stärkung rechtsextremer Organisationen in der Bundesrepublik eingesetzt werden, muss beobachtet werden.

Evangelikale sammeln sich

Junge Freiheit Nr. 5/07
vom 26. Januar 2007

Die evangelikale Werbeagentur idea und die Firma Tempus-Zeitplansysteme führen alle zwei Jahre einen Kongress Christlicher Führungskräfte durch. An dem letzten Kongress am 18. und 19. Januar in Leipzig beteiligten sich nach Angaben des Blattes ca. 3500 Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte, darunter der ZDF-Moderator Peter Hahne als Referent:

„Eindringlich forderte Hahne die konsequente Rückbesinnung darauf, was ‚uns stark gemacht‘ hat, was ‚unsere Wurzeln‘ seien. Hier spricht nicht nur der bekennende Christ, sondern der Patriot, der sich um das kulturelle Überleben seiner Nation sorgt. Es wäre erfreulich, wenn endlich die Zeit vorbei ist, in der sich das fromme Christentum dadurch auszeichnet, dass es sich in die stillen Kämmerchen verkriecht. Das geforderte öffentliche christliche Bekenntnis ... verdichtet sich zu einem politisch-gesellschaftlichen.“ Und das soll dann christlich-abendländisch deutsch sein – auf Seiten der Herrschenden vor allem:

„Europa braucht betende Bosse“ verlangt der Kongressleiter Pastor Horst Marquardt. Wahrscheinlich, weil die in der Produktion Tätigen längst gar keinen oder anderen Religionskreisen angehören. Da muss wenigstens der Boss ein Christ sein.

Bürgerkrieg in Sicht?

Junge Freiheit Nr. 6/07
vom 2. Februar 2007

„Der Traum von Multikulti war gestern, jetzt erwachen die Befürworter der Masseneinwanderung in der Realität des Bürgerkriegs“, „Die Bombe tickt, Rassismus und verbotene Zonen: Kriminelle ausländische Jugendliche verbreiten Angst und Schrecken“ titelt das Blatt in dieser Ausgabe. Dazu ein Sprengstoffbündel mit der Zeituhr „Multikulti“. Das Schreckensszenario, das auf drei Zeitungsseiten ausgebreitet wird, gipfelt in der Behauptung, es existierten inzwischen „No-go“-Zonen für Deutsche. Ursache ist ein Angriff deutscher Jugendlicher mit Migrationshintergrund auf einen Berliner Polizisten – vom Blatt als „türkisch-arabischer Lynchmob“ bezeichnet.

Die Gesamtsituation spitze sich zum Bürgerkrieg zu: „Es geht um die Wahrnehmung einer neuen Stadtguerilla: meist arabisch- und türkischstämmige Kinder und Jugendliche, die sich aus ihren ‚ethnischen Kolonien‘ heraus formieren und in einem schleichenden Prozess rechtsfreie Räume schaffen, in denen sich die Polizei lieber nicht blicken lässt.“ Dass von „deutschfreien Zonen“ überhaupt nicht die Rede sein kann, interessiert das Blatt nicht – es bereitet die Stimmung für „national befreite Zonen“, in denen sich Menschen mit Migrationshintergrund ihres Lebens nicht sicher sein können.

uld ■

DVU-Bundesparteitag in München

Nationalzeitung 5-2007 v. 26.1.07

Am 20. Januar fand in München der Bundesparteitag der DVU statt, berichtet das Blatt und – wen wird es ernstlich wundern – Dr. Gerhard Frey wurde mit 99,6 % in seiner Rolle als Bundesvorsitzender bestätigt. „Prominente Redner“ waren Oberst a.D. Hajo Hermann, „als Jagd- und Kampfflieger hoch dekoriert“, der „vor den vielen Geschichtslügen zu Lasten des deutschen Volkes“ warnte und Prof. Dr. Wjatscheslaw, der in „tadellosem Deutsch“ sprach und hervorhob, wie wichtig „eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den beiden größten Völkern des Abendlandes“ sei. Fehlen durfte natürlich auch nicht Udo Voigt, der versprach, „keinen Finger breit“ vom geschlossenen „Deutschlandpakt“ abzuweichen. Frey und Voigt sind sich einig, die Zeit sei reif für ein neues Nationalbewusstsein. Autorin Merlin Dröse: „In der Substanz ist unser Volk immer noch kerngesund, daran können auch 60 Jahre extreme Umerziehung nichts ändern.“ Laut ihrem Bericht beendete Frey die Veranstaltung mit den Worten: „Es lebe unser heiliges Deutschland! Wir singen als Abschluss das Deutschlandlied – mit allen drei Strophen.“ *u.b.* ■